Nr. 83. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 10. April 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Die Wahlrechtsbewegung in Belgien schwillt gewaltig an. Obgleich die Verhandlungen über die Revision der Verfassung auf den Vorschlag des Ministerpräsidenten Smet de Nayer erst in der nächsten Woche stattfinden sollen, die endgültige Stellungnahme der klerikalen Machthaber also noch nicht bekannt ist, sind die eindrucksvollen Kundgebungen des Volkes nicht mehr zurückzuhalten. Und die ihr Wahlrecht fordernde Masse thut gut daran, sich schon jetzt energisch zu rühren, um den Reaktionären einen kleinen Vorgeschmack der Dinge zu geben, die eintreten könnten, wenn die Regierung in unseliger Verblendung an dem plutokratischen Mehrstimmen-Wahlrecht festzuhalten wirklich entschlossen sein sollte. Das Volk ist sich der Bedeutung der Situation vollauf bewußt, es weiß, daß es sich nicht einschüchtern lassen darf, wenn es nicht abermals um sein Recht geprellt werden soll. Es hat denn auch seine Demonstrationen veranstaltet, ohne sich um die ergangenen Verbote zu kümmern. Die Polizei ist unvorsichtig genug gewesen, durch ihr provozierend schneidiges Vorgehen Oel ins Feuer zu gießen. Es ist bereits zu Zusammenstößen gekommen, schon ist Blut geflossen. Allein wenn auch das Gerücht verbreitet ist, daß an die Armee und die Gendarmerie der Mobilmachungsbefehl bereit liege, so wird sich dadurch das Volk ebensowenig abhalten lassen, durch machtvolle Demonstrationen seinen unbeugsamen Willen zu dokumentieren, wie durch die bereits vorgekommenen taktlosen Polizei-Attacken.

Die für die Erringung des Wahlrechts verbündeten Parteien haben oft genug erklärt, daß sie den friedlichen Fortschritt vermittelst der demokratisch auszugestaltenden Gesetzgebung wollen, daß sie Feinde aller Gewaltthätigkeiten sind; allein wenn die reaktionäre Regierung den Fortschritt mit Waffengewalt eindämmen zu können glaubt, so provoziert sie frivol auch die Volksgewalt. Anzunehmen ist freilich, daß sie dann doch noch in richtiger Einschätzung ihrer Machtmittel auf das Aeußerste verzichtet. Je eher sie zu dieser vernünftigen Einsicht gelangt, desto besser für sie.

Ueber die Demonstrationen des gestrigen Tages meldet das Wolffsche Depeschenbureau:

Brüssel, 9. April. Im Volkshause fand gestern eine Versammlung statt, an der mehrere republikanische spanische Deputierte, die sich hier aufhalten, teilnahmen. Der Abg. Vandervelde hielt eine Rede, in der er sagte, die Schluß-Agitation für das allgemeine Stimmrecht habe begonnen, und es müsse nun die Gewalt den Vernunftgründen zu Hilfe kommen. Nach der Versammlung geriet eine Schar von etwa 1500 Socialisten mit Polizeimannschaften ins Handgemenge; zwei der letzteren und ein Socialist wurden verwundet. Die Schar wandte sich dann nach dem Palais des Prinzen Albert. Die Polizei sperrte die Straßen und ging zum Angriff vor; drei der Ruhestörer wurden verletzt. Als Gendarmerie dazukam, gelang es, die Menge zu vertreiben.

Auch in mehreren Provinzstädten erfolgten Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts, an die sich teilweise Ruhestörungen schlossen.

In Gent wartete eine große Volksmenge am Bahnhofe auf die Deputierten, die aus Brüssel zurückkehrten. Die katholischen Deputierten mußten durch Polizeimannschaften und Gendarmen nach ihren Wohnungen geleitet werden. In den Straßen am Bahnhof kam es wiederholt zu Zusammenstößen. Nach Schluß einer socialistischen Versammlung, die am Abend stattfand, bildete sich ein starker Trupp, der sich anschickte, die Straße zu durchziehen. Die Polizeimannschaften traten mit dem Revolver in der Faust der Menge entgegen und richteten die vorgeschriebenen Aufforderungen an sie, auseinander zu gehen. Bei der dritten Aufforderung warf sich der socialistische Deputierte Anseele zwischen beide Gruppen und beschwor seine Parteigenossen sich zurückzuziehen, was diese schließlich auch thaten.

In La Louvière versuchten Teilnehmer an einer Kundgebung für das allgemeine Stimmrecht, die Bureaus eines klerikalen Blattes anzuzünden; das Feuer wurde aber sofort gelöscht.

In Antwerpen wartete gleichfalls eine Schar von Socialisten am Bahnhof auf die aus Brüssel zurückkehrenden Mitglieder der Deputiertenkammer und empfing die klerikalen Abgeordneten mit Schimpfworten; die Menge geriet mehrmals mit der Polizei zusammen, ohne daß ernstere Verwundungen vorgekommen wären.

Die Meldung von der Brandlegung des klerikalen Zeitungsbureaus in La Louvière ist offenbar tendenziös gefärbt, nach der Meldung eines andren Depeschenbureaus soll das Feuer angeblich von Anarchisten angelegt worden sein. Ob das Feuer, das ja ein so hübsches Fanal für die Mobilmachungspläne gewisser klerikaler Truppolitiker bilden könnte, nicht von derselben Gattung „Anarchisten" angelegt sein dürfte, die auch das geräuschvoll-harmlose Attentat auf die Brüsseler Nationalbank arrangiert haben? —

Die Regierung hat am Mittwoch einen weiteren Gewaltakt verübt, einen kläglichen Akt internationaler Unhöflichkeit: Sie hat die spanischen Abgeordneten, die der Versammlung im Volkshause beigewohnt hatten, ausgewiesen. Ob die guten Klerikalen an demselben Verfolgungswahn vor der Revolutionsmacherei der „ausländischen Hetzer" leiden, wie weiland Friedrich Wilhelm IV.? Das offizielle Depeschenbureau meldet:

„Die spanischen republikanischen Abgeordneten, welche gestern abend der Versammlung im Volkshause beigewohnt hatten, wurden von der Polizeiverwaltung benachrichtigt, daß sie heute (Mittwoch) nachmittag Belgien zu verlassen hätten. Sie sind heute um 1 Uhr nach Paris abgereist. Eine aus Socialisten bestehende Volksmenge, der eine rote Fahne vorangetragen wurde, begleitete sie nach dem Südbahnhofe, und gab bei der Abfahrt ihren Beifall kund. In demselben Augenblicke verließ der König, welcher von Biarritz zurückkehrte, den Bahnhof. Die Socialisten drängten sich an das Automobil des Königs und schwenkten die rote Fahne unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht und die Republik."

In der Kammer brachte Genosse Furnemont diese läppische Ausweisung der spanischen Deputierten zur Sprache und erklärte, diese Handlungsweise spreche allen Gesetzen der Gastfreundschaft Hohn, alle anständigen Leute würden die Regierung des wegen tadeln. Redner entbot den spanischen Deputierten den Gruß der belgischen Demokratie und beantragte die Dringlichkeit für eine den Gegenstand betreffende Interpellation. Justizminister van den Heuvel erklärte, er stehe zur Verfügung der Kammer. Das Haus beschloß darauf, die Beratung der Interpellation bis nach Erledigung der Tagesordnung zu vertagen. —

Nach Meldungen des „Peuple" haben in Gent die Gewerkschaften in diesen Tagen die Entscheidung über den Generalstreik zu treffen; in der Boringe mußte alles aufgeboten werden, um die Bergleute von dem Generalstreik-Beschluß abzuhalten. Das genannte Parteiblatt macht die verantwortlichen Minister auf die Folgen aufmerksam, welche daraus entstehen können, wenn zur wirtschaftlichen Krise noch der Generalstreik treten sollte; es fordert in letzter Stunde die Staatsregierung zur Einsicht auf.

Obst und Kolonialwaren.

Am Mittwoch suchte die Kommission zunächst das vom Ausland eingeführte getrocknete, gedörrte, zerschnittene oder geschälte Obst (Aepfel, Birnen, Aprikosen, Pfirsiche, Pflaumen) durch Zustimmung zu den Zollsätzen der Regierungsvorlage und teilweise Erhöhung zu vernichten. Obst wird als Nahrungs-, als Genuß-, Kräftigungs- und Heilmittel in wachsendem Maße in Deutschland genossen. Das Portemonnaie des deutschen Konsumenten leidet an beschwerlichstem Ueberfluß — hat doch etwa 2/3 der königlich preußischen Staatsbürger ein Jahreseinkommen unter 900 M. — also müssen die Preise für Obst künstlich erhöht werden. Umgekehrt hat das Reichs-Portemannaie ein Riesenloch. Das muß gestopft werden — wiederum durch die Verteuerung von Nahrungs- und Genußmitteln. Demgemäß stimmte die Mehrheit der Kommission der ersten Serie der Finanzzölle zu, die mit Nr. 49 des Tarifs beginnen. Zölle auf Südfrüchte und Südfruchtschalen, Frucht- und Pflanzensäfte (Nr. 49—59 des Tarifs) wurden bewilligt.

Eine längere Debatte rief der erheblichste Teil der Finanzzölle (Kolonialwaren und Ersatzstoffe für solche) hervor. In der Nachmittagssitzung wurde der Kampf um den Kaffeezoll geführt. Der Kaffeezoll brachte für das Jahr 1901 65 Millionen Mark ein. Die Regierungsvorlage will den Doppelcentner rohen Kaffee wie bislang mit 40, gebrannten oder gerösteten Kaffee mit 60 M. (10 M. mehr als zur Zeit) verzollen. Mit knapper Mehrheit (15 gegen 13 Stimmen) fand der Vorschlag der Vorlage Annahme. Ebenso soll Cichorien mehr wie bisher bluten, nämlich mit 10 M. statt 4 M.; gebranntes und geröstetes Malz und andre Kaffeeersatzstoffe mit 40 M. Bei den Positionen Kakao (Position 62, 63, 166, 201) und Thee (Position 64) ereignete sich scheinbar ein Wunder. Der Zollwüterich v. Wangenheim beantragte eine **Herabsetzung** des Zolles auf Kakao, von 35 Mark für rohen Kakao auf 20 Mark, von 40 Mark für gebrannten oder gerösteten auf 35 Mark. Paasche und von Kardorff beantragten den Hundertmark-Theezoll auf 25 Mark, von Wangenheim den Zoll auf 50 Mark herabzusetzen. Selbstverständlich hatten die Socialdemokraten bei diesen wie bei allen Genuß- und Nahrungsmitteln Zollfreiheit verlangt. Der Grund für dieses scheinbare Wunder war die Erkenntnis, daß billigere Preise eines Nahrungs- und Genußmittels eine Vermehrung des Verkaufs des Produktes herbeiführen und daß mit wachsendem Verbrauch des Kakaos und Thees der Verbrauch von Milch und Zucker zunimmt. Bis zu der von socialdemokratischer Seite wie bei allen Zöllen auf Nahrungs- und Genußmitteln auch beim Kakao und Thee beantragten Zollfreiheit rang sich die Schutzzollmehrheit nicht durch. Immerhin ist bemerkenswert, daß die Mehrheit zu einer Herabsetzung von Zöllen sich verstanden hat. Die Herabsetzung des Kakaozolles wurde einstimmig, die Herabsetzung des Theezolles (auf 25 M.) mit großer Mehrheit beschlossen.

Am Donnerstag beginnt die Beratung der Holzzölle.

* * *

Die Zolltarifkommission des Reichstages begann am Mittwochvormittag ihre Beratungen bei Position 47.

Position 47 behandelt getrocknetes Obst und legt auf **getrocknete,** gedarrte (auch zerschnittene und geschälte)

Aepfel und **Birnen** einschließlich verwertbarer Abfälle	8 M.
Aprikosen, Pfirsiche	10 „
Pflaumen aller Art:	
unverpackt oder nur in Fässern oder Säcken bei mindestens 80 Kilogramm Rohgewicht	5 „
in andrer Verpackung	10 „
andres, getrocknetes oder gedarrtes Obst	8 „

Zoll. Der bisherige Zoll für diese Waren beträgt in allen Fällen 4 M.

Hierzu beantragen:

1. **Antrick** (Soc.) und Genossen: Zollfreiheit.
2. **Müller**-Sagan (frs. Vp.) einen einheitlichen Zollsatz von 4 M. wie bisher.
3. **Spahn** (C.):

für Aepfel, Birnen 2c.	10 M.
„ Pflaumen, unverpackt oder nur in Fässern 2c.	10 „
in andrer Verpackung	15 „

4. Frhr. **v. Wangenheim** (k.):

für Aepfel, Birnen 2c.	15 „
„ Aprikosen und Pfirsiche	40 „
„ Pflaumen, unverpackt 2c.	15 „
in andrer Verpackung	25 „
andres getrocknetes, gedarrtes Obst	10 „

Freiherr **v. Wangenheim** (k.) weist statt jeder Begründung seines Antrages auf das Interesse der heimischen Dörrobstfabriken hin, gegen die Einfuhr fremder Ware geschützt zu werden.

Antrick (Soc.) begründet den socialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit. Die scharfe Konkurrenz Amerikas ist nur möglich geworden durch die Rückständigkeit der deutschen Obstzüchter. Das Dörrobst ist ein Volksnahrungsmittel im weitesten Sinne des Wortes. In Schlesien erscheint das Dörrobst fast täglich auf dem Tisch des Arbeiters. Es muß oft das Fleisch ersetzen. In Deutschland wird vielfach nur das schlechteste Obst gedörrt und oft fehlt es an guten Vorrichtungen zum Dörren. In Böhmen nimmt man gutes Obst und sorgt für gute Behandlung. Durch den Schutzzoll auf Dörrobst werde die Nahrung der ärmeren Bevölkerung erheblich verteuert, umso mehr als auch die Verpackung in Kisten, die mit einem höheren Zollsatz belegt ist, allgemein üblich geworden ist, weil es für die Händler bequemer ist.

Direktor im Reichsamt des Innern **Wermuth:** Der amerikanische Export habe sich in den letzten Jahren ganz erheblich gesteigert, die Frachten seien gesunken; infolgedessen sei die ausländische Konkurrenz gegenüber der heimischen Konservenindustrie beträchtlich gewachsen. Wangenheims beantragte Sätze ständen in gar keinem Verhältnis zu den Zollsätzen für frisches Obst. Auch der Antrag Spahn gehe „reichlich weit".

Spahn (C.) betrachtet seinen Antrag als Konsequenz der gestrigen Beschlüsse. Was in zweiter Lesung werde, bleibe ja noch dahingestellt.

Molkenbuhr (Soc.) weist darauf hin, daß die Sackverpackung teurer ist als die Kistenverpackung. Und doch soll die Kistenverzollung höher sein als die Sackverzollung. Die Grenze von 80 Kilo sei doch nur vom Standpunkt der Podbielskischen Lochtheorie aus zu verstehen. Wenn nun ein 80 Kilo-Sack ein paar Kilo Pflaumen verliert, würden dadurch die Gebrauchspflaumen zu Luxuspflaumen? (Heiterkeit.)

In der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Anträge der **Antrag Spahn angenommen.** Im übrigen bleibt die Regierungsvorlage unverändert.

Es folgt Position 48. **„Andres Obst,** gemahlen, zerquetscht, gepulvert oder in sonstiger Weise zerkleinert, auch eingesalzen, ohne Zucker eingekocht (Mus) oder sonst einfach zubereitet, gegoren."

Die Vorlage sieht einen Zoll von 5 Mark vor, gegen 4 Mark bisher.

Frhr. **v. Wangenheim** (k.) beantragt einen Zollsatz von 15 Mark.

Antrick (Soc.) beantragt: Zollfreiheit.

Frhr. **v. Wangenheim** (k.) zieht seinen Antrag von 15 M. zurück und beantragt einen Zollsatz von 10 M.

Stadthagen (Soc.) tritt für den socialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit ein. Schon weil viele arme kranke Leute auf Obstgenuß angewiesen seien, dürfe man ihnen diesen Genuß nicht verteuern. Der Obstgenuß solle überhaupt kein Privilegium der Reichen werden. Auch die finanziellen Wirkungen dieses Zolles seien gering; viel richtiger wäre es, die Einkommen über 3000 M. mit einem Steuerzuschlag von 1/2 Proz. für die Reichskasse heranzuziehen.

Der Satz der Vorlage von 5 M. wird angenommen.

Die Positionen 49—57: **Südfrüchte** und **Südfruchtschalen** werden verbunden. Die Vorlage bestimmt:

Für frische Bananen, wie bisher, Zollfreiheit.	
„ „ Apfelsinen, Citronen usw., wie bisher	12 M.
„ getrocknete Feigen, Korinthen und Rosinen, wie bisher	24 „
„ „ Datteln, bisher 30 M.	24 „
„ Traubenrosinen, wie bisher	24 „
„ „ Mandeln, Pomeranzen, Granaten, Pistazien (wie bisher, mit Ausnahme der getrockneten Bananen, die bisher nur 4 M. Zoll zu tragen hatten.)	30 „
„ frische Ananas, bisher zollfrei	4 „
„ geschälte oder in Zucker eingekochte Ananas, wie bisher	4 „
„ Johannisbrot, Maronen 2c., wie bisher	4 „
„ mit Meer- oder Salzwasser übergossene, zerschnittene oder geschälte Citronen, wie bisher	12 „
„ unreife oder in Salz eingelegte Pomeranzen, wie bisher	4 „
„ frisches und getrocknetes Citronat und Cedrat, wie bisher	4 „
„ Kokosnüsse, bisher zollfrei	4 „

Antrick (Soc.) beantragt Zollfreiheit für Apfelsinen und Citronen, die Massenartikel seien und demonstriert die Wirksamkeit der Citronenkur am corpus vile des Abg. Stadthagen, der durch Citronen sich über viele Schwierigkeiten des Lebens hinweggeholfen habe.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann:** Es handle sich bei allen diesen Positionen um Finanzzölle, die im Vorjahre zusammen etwa 80 Millionen Mark gebracht haben, ein Betrag, den die Reichskasse nicht entbehren könne, am wenigsten bei der jetzigen Finanzlage.

Müller-Meiningen (frs. Vp.) beantragt den Zoll auf Apfelsinen, Citronen, Datteln und Feigen auf 4 M. festzusetzen. Finanziell sei diese Herabsetzung irrelevant. Er wolle aber unter allen Umständen die Gewißheit haben, daß die Apfelsinen und Citronen möglichst billig bleiben, auch wenn ein Handelsvertrag mit Italien nicht zu stande komme.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** betont die Wichtigkeit der spanischen Südfrucht-Einfuhr und macht vertrauliche Mitteilungen über die handelspolitische Situation mit Spanien.

Molkenbuhr (Soc.) wendet sich gegen die vom Schatzsekretär erhobenen finanzpolitischen Bedenken. Aus den bisher bewilligten Zöllen allein werden dem Reiche höhere Einnahmen erwachsen, als die Zölle auf Südfrüchte einbringen. Herr v. Thielmann scheine für

alle Mehreinnahmen schon Verwendung zu haben, aber entbehren wolle er nichts. Auf die Kasse der Steuerzahler müsse doch auch Rücksicht genommen werden.

Die Positionen 49—57 werden nach der Regierungsvorlage **unverändert angenommen.**

Die Positionen 58 und 59, die den Zoll für Fruchtäther und weingeisthaltige, uneingekochte oder ohne Zuckerzusatz eingekochte **Frucht- und Pflanzensäfte** wie bisher festsetzt und zwar für Citronen- und Pomerangensaft auf 1 M., für ungegorene Obstsäfte auf 6 M., Birkenwasser und anderweit nicht genannte Frucht- und Pflanzensäfte zum Gewerbe- oder Heilgebrauch aber freiläßt, werden **unverändert angenommen.**

* * *

Nachmittags-Sitzung.

Die Vorlage sieht in Position 60 für **Kaffee,** auch Kaffeeschalen (Kirschschalen und Pergamenthülsen) roh einen Zoll von 40 M., gebrannt, geröstet, gemahlen von 60 M. vor.

Der bisherige Zollsatz beträgt 40 bezw. 50 M.

Müller-Meiningen (frs. Vp.) beantragt, für rohen Kaffee usw. 30 M., für gebrannten, gerösteten, gemahlenen 50 M. Zoll.

Molkenbuhr (Soc.) erinnert daran, daß die Unabhängigkeitskämpfe Nordamerikas durch die Theezölle veranlaßt seien, um darzuthun wie aufreizend Finanzzölle auf allgemeine Genußmittel wirken und beantragt die Aufhebung des Kaffeezolls schon im Interesse der Bekämpfung des Alkoholgenusses.

v. Kardorff (Rp.) wundert sich, daß die Socialdemokraten jetzt für Temperenz eintreten. Das widerspräche ihrer Haltung auf dem Hamburger Parteitag. Seine politischen Freunde seien für Ermäßigung des Thee- und Kakaozolls.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** bezweifelt sehr, ob die verbündeten Regierungen einer Ermäßigung des Finanzzolls auf Kaffee zustimmen werden.

Graf **Kanitz** (k.) bedauert, daß der Kaffee- und Kakaozoll nur als Finanzzoll und nicht als Kampfzoll im Tarif behandelt werde, namentlich auch Brasilien und Guatemala gegenüber, das die Unverfrorenheit gehabt habe, uns den Handelsvertrag zu kündigen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** weist auf das außerordentlich starke Sinken des Kaffeepreises seit 1891 hin. Der Kaffeezoll stehe an dritter Stelle unsrer Finanzzölle.

Molkenbuhr (Soc.): Die Temperenzler würden in der Socialdemokratie gerade so behandelt wie die Freidenker. Beiderlei Tendenzen seien Privatsache. Unter den Socialdemokraten gäbe es aber mehr Temperenzler als überhaupt Konservative im Lande. (Stürmische Heiterkeit.) Deutschland sei ein Kaffeestaat. Deshalb dürfe der Kaffee nicht durch einen Schutzzoll verteuert werden. Kanitz verlange fortwährend Mittel zu Zollkriegen. Sollten die Mittel angewendet werden, dann würden wir bald mit der ganzen Welt Zollkriege haben und die hohen Kriegssätze würden dann die gewöhnlichen Tarifsätze sein.

Schrader (frs. Vg.) beantragt, die Zollsätze für Kaffee, Kaffee-Ersatzstoffe, Kakao und Thee jährlich durch den Etat festzustellen.

Unterstaatssekretär **v. Fischer** betont, daß dadurch eine große Unsicherheit in die ganze Finanzpolitik hineingetragen werden würde.

Der **Antrag Schrader** wird **abgelehnt.**

Hierauf wird unter Ablehnung aller Anträge für Kaffee, roh und gebrannt, **die Regierungsvorlage angenommen.**

In Position 61 wird auf **Kaffee-Ersatzstoffe:** gebrannte, geröstete Cichorien und andre Wurzeln ohne Zusatz von andren Stoffen ein Zoll von 10 M. (bisher 4 M.) gelegt. Für gebranntes und geröstetes Malz und andre Kaffee-Ersatzstoffe wird wie bisher ein Zoll von 40 M. gefordert.

Molkenbuhr (Soc.): Für Malz hat man in Position 9 einen Zoll von 9 M. eingesetzt. Sobald das Malz aber in den Familien der Aermsten als Ersatz von Kaffee gebraucht wird, verlangt man 40 M.

v. Kardorff (Rp.): Cichorie sei giftiger als Kaffee und der Verbrauch eher zu bekämpfen als zu fördern.

Die Position 61 wird nach der Vorlage **angenommen.**

Die Positionen 62, 63, 166 und 201 werden zusammen beraten. In Position 62 wird wie bisher roher Bohnenkakao, auch -Bruch mit 35 M., **Kakao,** gebrannt oder geröstet, ungeschält mit 45 M. Zoll belegt.

Frhr. **v. Wangenheim** (k.) beantragt, diese Sätze auf 20 und 35 M. zu ermäßigen, ebenso **Müller**-Meiningen (frs. Vp.)

Antrick (Soc.) und Genossen beantragen Zollfreiheit.

In Position 63 wird der Zoll für rohe auch gebrannte Kakaoschalen wie bisher auf 12 M. festgelegt.

Position 166 setzt den Zoll für Kakaobutter (Kakao-Oel) wie bisher auf 45 M. fest.

Frhr. **v. Wangenheim** (k.) beantragt, diesen Satz auf 35 M. zu ermäßigen.

In Position 201 wird der bisherige Satz von 80 M. für gebrannten oder gerösteten, gemahlenen, gepulverten Kakao, Kakaomasse, Kakaopulver und gemahlene Kakaoschalen beibehalten.

Frhr. **v. Wangenheim** (k.) beantragt, den Zoll auf 65 M. zu ermäßigen.

Antrick (Soc.) befürwortet Zollfreiheit. Kakao sei auch ein wichtiges Nahrungsmittel. Seiner Verbreitung aber stehe der Zoll entgegen. Die Herren auf der Rechten beantragen wohl nur deshalb Ermäßigung, um den Zucker- und Milchverbrauch zu steigern.

Staatssekretär Frhr. **v. Thielmann:** Auch bei dem jetzigen Kakaozoll steigt der Kakaoverbrauch rapid. Deshalb sei es unnötig, dem Reichssäckel einen Verlust von 2—3 Millionen durch Herabsetzung des Kakaozolls zuzufügen.

Antrick (Soc.): Die Steigerung des Konsums wäre wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn der Zoll nicht gehemmt hätte. Der Zollausfall werde zum Teil durch erhöhte Einnahmen aus der Zuckersteuer ersetzt werden.

Zur Geschäftsordnung beantragt **Bebel** (Soc.), bei den weiteren Abstimmungen mit den niedrigsten Zollsätzen zu beginnen. So wird beschlossen.

Die von den Socialdemokraten beantragte Zollfreiheit für ungeschälten Kakao in Bohnen oder geröstet wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und der Zoll nach dem Antrage **Wangenheim—Müller**-Meiningen für rohen Kakao auf 20, für ungeschälten Kakao gebraunt oder geröstet auf 35 Mark einstimmig bemessen.

Der Zoll für rohe oder gebrannte Kakaoschalen wird nach der Vorlage auf 12 Mark festgelegt, der Zoll auf Kakaobutter nach dem Antrage Wangenheim auf 35 Mark bemessen und der Zoll auf Kakaopulver gleichfalls nach dem Antrage Wangenheim auf 65 Mark festgesetzt.

Es folgt Position 64 **(Thee).** Der Zollsatz ist wie bisher auf 100 M. festgesetzt.

Bebel (Soc.) beantragt Zollfreiheit. Der Verbrauch von Thee als eines anregenden und durststillenden Genußmittels sei besonders zu fördern.

Frhr. **v. Wangenheim** (k.) beantragt, den Theezoll im Interesse der Zuckerindustrie auf 50 M. herabzusetzen.

Dr. **Paasche** (natl.) und Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.) beantragen, den Theezoll auf 25 M. zu ermäßigen.

Reichsschatzsekretär Freiherr **v. Thielmann:** Um den Verlust für die Reichskasse nicht zu groß zu machen, möge höchstens der Antrag Wangenheim angenommen werden.

Der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit wird abgelehnt und der Theezoll nach dem Antrage Paasche-Müller-Meiningen auf 25 Mark festgesetzt.

In Position 72 wird Pflanzenwachs in natürlichem Zustand mit 10 M. statt bisher 15 Zoll belegt.

Hierzu beantragt Müller-Sagan für Pflanzenwachs (aus Palmen, Palmblättern u. dergl.) in natürlichem Zustande 5 M., für Karnaubawachs Zollfreiheit.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Eine verschiedene Tarifierung würde nur dahin führen, daß dem Bienenwachs durch das Pflanzenwachs Konkurrenz gemacht werde.

Die Anträge Müller-Sagan werden abgelehnt und die Position nach der Vorlage der Regierung angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. April.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch seine Sitzungen wieder aufgenommen und ist, nachdem Präsident v. Kröcher dem verstorbenen Abg. Lieber einen warmen Nachruf gewidmet hatte, in die zweite Lesung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung getreten.

Der Etat der Eisenbahn-Verwaltung ist von wesentlichem Einfluß auf die Gestaltung des gesamten preußischen Staatshaushalts-Etats. Die Ueberschüsse der Eisenbahnen dienen in der Hauptsache zur Bestreitung allgemeiner Ausgaben, die Finanzverwaltung der Eisenbahnen ist von der allgemeinen Finanzverwaltung nicht getrennt, und der eigentliche Leiter unsres Eisenbahnwesens ist nicht der Ressortminister, sondern der Finanzminister. So war es unter Miquel, so ist es unter Rheinbaben, und die Folge davon ist die Ueberschußwirtschaft, die von Jahr zu Jahr mehr eingerissen ist. In diesem Jahre allerdings ist es mit den Ueberschüssen schlecht bestellt. Wie der Minister v. Thielen in seiner einleitenden Rede hervorhob, sind infolge der wirtschaftlichen Krisis die Einnahmen erheblich herabgegangen, das Gesamtbild ist nicht erfreulich, die Einnahmen betragen volle 3 Proz. weniger als im Vorjahre. Der Hauptrückgang der Einnahmen resultiert aus dem Güterverkehr; die Mindereinnahmen aus dem Personenverkehr sind weniger erheblich, und namentlich spielt die Einführung der 45tägigen Rückfahrtkarten nur eine geringe Rolle. Natürlich bildet diese ungünstige Lage für den Minister, der sich von jeher wirklich einschneidenden Reformen aufs heftigste widersetzt hat, einen Grund mehr, zu äußerster Vorsicht zu mahnen und vor der Bewilligung von Ausgaben zu warnen, die nicht unumgänglich notwendig sind. Daß er in seine Rede ein langes Loblied auf die Fürsorge für die Beamten und für die Betriebssicherheit einflocht, bedarf keiner besonderen Erwähnung, das gehört nun einmal programmmäßig in jede Thielensche Rede hinein.

Eine scharfe Kritik an dem System unsrer Eisenbahn-Verwaltung übte Abg. Macco (natl.); Redner wies treffend darauf hin, daß man beim Erlaß des Eisenbahn-Garantiegesetzes davon ausgegangen ist, daß die Ueberschüsse der Bahnen zu Betriebsverbesserungen und zur Tilgung der Eisenbahnschuld verwendet werden sollen. Leider sei man von diesem Grundsatz abgegangen; jetzt würden die Einnahmen der Eisenbahnen vielfach zur Zahlung allgemeiner Staatsausgaben verwandt, die mit dem Eisenbahnwesen nichts zu thun haben. Die Eisenbahneinnahmen müßten von den allgemeinen Staatsausgaben getrennt und der Eisenbahnminister unabhängig vom Finanzminister gestellt werden. Die alten Forderungen der Linken nach Tarifherabsetzungen und einer Entlastung der Eisenbahnen durch Kanäle vertrat der nationalliberale Redner mit großer Entschiedenheit und Sachkenntnis.

Allerdings finden diese Forderungen bei der Regierung keinen Wiederhall. Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben will seinen Einfluß auf die Eisenbahnfinanzen nicht verlieren; ebensowenig will er von einer Herabsetzung der Personentarife etwas wissen, weil er dadurch Einnahmen einzubüßen fürchtet, auf die er nicht verzichten zu können glaubt.

Dem Finanzminister schlossen sich im großen und ganzen die Abgg. Gamp (fk.) und Frhr. v. Erffa (k.) an, während Abg. Dr. Wiemer für weitere Tarifherabsetzungen im Personenverkehr und für die Einführung von Rückfahrtkarten für die vierte Wagenklasse eintrat. Früher verlangten die Freisinnigen überhaupt die Beseitigung der vierten Wagenklasse.

Die Beratung wird am Donnerstag fortgesetzt. —

Der Wucherköder des Centrums.

Die ausschlaggebende Partei hat ihre liebe Not. Da sie die agrarisch aufgewiegelten rheinischen und bayrischen Bauern vergeblich wieder abzuwiegeln versucht, brachte ihr die „Allg. Ztg." aus Karlsruhe die offiziöse Kunde, daß für die Regierung auch „der Antrag Heim auf Verwendung der Mehrerträgnisse der Zölle für eine Arbeiterwitwen-Pension **unannehmbar** bleibt"; also auch mit dem Köder, den das Centrum seinen Arbeiteranhängern auswarf, soll es nichts sein. So zerrinnt eine schöne Hoffnung nach der andren.

Der Antrag Heim zum § 11 des Zollgesetzes sollte die industriellen katholischen Arbeiter beruhigen, in denen sich der Unmut zu regen begann über die auf ihre Kosten den Centrums-Magnaten und -Bauern zugedachten Jahresprofit-Erhöhungen; und so gering auch die für die Pension sich ergebenden circa 20 Millionen Mark im Vergleich zu dem mehr als hundertfachen Betrag sind, mit denen die neugeplanten Zollerhöhungen das deutsche Volk belasten, mancher in kirchlicher Einfalt erzogener Arbeiter, dem die biblischen Wunder geläufiger sind, als das Kopfrechnen, hätte sich vielleicht doch durch die ihm vorgespiegelte Witwen- und Waisenversorgung einfangen lassen. Nun soll es auch mit diesem so schön ausgedachten Beruhigungsmittel vorbei sein. —

Die Regierung ist, obgleich noch am 3. März v. J. der Reichskanzler feierlich erklärte, der Zweck der Zolltarif-Reform sei kein finanzieller und die Mehreinnahmen aus den Lebensmittelzöllen sollten „zur Hebung der Wohlfahrtseinrichtungen im Reiche" verwendet werden, nicht gewillt, von den zu erwartenden Mehrerträgen aus den Zöllen etwas zu nützlichen Zwecken herzugeben. Sie gebraucht die Mehrerträge für die durch den Tirpitz-Erlaß bereits angekündigten Flottenverstärkungs-Pläne, für neue Festungsbauten und Truppenvermehrungen, und hofft deshalb, wie sie durch die erwähnte offiziöse Karlsruher Notiz verkünden läßt, daß das Centrum von der Aufnahme des von Heim und Genossen beantragten § 11a in das Zollgesetz absieht und sich mit einer zu nichts verpflichtenden Resolution begnügt.

Fatale Lage für das Centrum! Im Vertrauen darauf, daß sich die Regierung schließlich doch aus Interesse an der Annahme der von ihr eingebrachten Tarifvorlage mit dem Heimschen Antrag einverstanden erklären würde, hat es die Aufnahme dieses Antrages ins Gesetz als unerbittliche Bedingung für seine Zustimmung zu den Lebensmittel-Zollerhöhungen bezeichnet, und in lärmenden Volksversammlungen haben seine Mitglieder das Eintreten für die Rechte der Enterbten als heilige Centrumspflicht proklamiert.

Durch Einbringung einer bloßen Resolution diese ganzen Erklärungen als Komödie hinzustellen, heißt dem Centrum doch allzuviel zuzumuten. Aber andrerseits verlangt der katholische Feudaladel und die Großbauernschaft möglichste Erhöhung der Agrarzölle und der Preise für Agrarprodukte; was gilt ihnen die Arbeiterwitwen- und Waisenversorgung, sie wollen höhere Einkünfte. Was thun unter diesen Umständen?

Noch schweigt die Centrumspresse. Welchen Ausweg wird das Centrum finden?

Unmöglich kann das Centrum das Versprechen der Schaffung einer Witwen- und Waisenversicherung aus den Erträgnissen der Zollerhöhung preisgeben. Denn, so mäßig auch gegenüber der Zollbelastung die Erfüllung dieses Versprechens wäre, die Nichterfüllung müßte die Rebellion der Centrumsarbeiter in hellen Flammen emporschlagen lassen!

Wer unter den Centrumsschlauen wird sich die Anwartschaft auf die Stelle des heimgegangenen Dr. Lieber erringen, indem er die Jesuiterei ausheckt, die hier retten soll? —

Nochmals der Fall Stieteneron.

Eine Aufsehen erregende Meldung kommt aus Colmar im Elsaß:

Das Ober-Landesgericht **hob in Sachen des Rittmeisters Stieteneron,** der vom Landgericht Zabern verurteilt war, an die Mutter und den Großvater des von ihm erschossenen Italieners Fozzi je eine vierteljährliche Rente von 30 Mark auf Lebenszeit zu zahlen, **das Urteil des Landgerichts auf** und entschied, daß Stieteneron **keinerlei Entschädigung zu zahlen habe.**

Bekanntlich hatte das Landgericht Zabern Stieteneron zu der erwähnten Buße verurteilt, weil es, unter Zugrundelegung der Feststellungen des Kriegsgerichts, zu der Auffassung gelangt war, daß Stieteneron, als zur Selbstbeherrschung und zu physischem Mute erzogener ehemaliger Offizier, die Notwehr überschritten habe.

Wir hatten bereits bei dem Bekanntwerden des Urteils des Landgerichts Zabern bedauert, daß das letztere sich nicht veranlaßt gesehen hatte, von neuem eine Beweiserhebung über den Vorgang vorzunehmen. Immerhin, nach dem, was anläßlich des Kieler Stieteneron-Prozesses über die Beweiserhebung des Kriegsgerichts und dessen Bewertung dieser Erhebung bekannt geworden war, konnte man sich höchstens darüber wundern, daß das Landgericht Zabern nur zu einer so geringfügigen Abmessung der Buße gelangt war. Hatte doch das Kriegsgericht die zehn Belastungszeugen aus keineswegs allgemein überzeugenden Gründen für „unglaubwürdig" erklärt, hatte es doch die übereinstimmenden Gutachten der drei medizinischen Sachverständigen ignoriert, daß der Schuß den Fozzi im Rücken getroffen habe, hatte es doch die „vornehme Denkart" des Angeklagten als Beweismittel dafür gelten lassen, daß Stieteneurons Verwundung in der That durch den angeblichen Schaukelhieb des Getöteten verursacht worden sei.

Man mußte nach alledem zu der Ansicht gelangen, daß das Landgericht auch unter den vorliegenden Umständen gar nicht umhin gekonnt habe, zu der civilrechtlichen Verurteilung Stieteneurons zu gelangen. Und nun hat das Ober-Landesgericht dies Urteil aufgehoben und Stieteneron gleichfalls frei und aller Buße ledig gesprochen.

Die Bekanntgabe dieses jedenfalls ausführlich begründeten Urteils des Ober-Landesgerichts ist zur Beruhigung der aufs höchste erregten Oeffentlichkeit in Deutschland und Italien dringend erforderlich. —

Zwei Patrioten.

Wie die „Chronique des Travaux publics" („Chronik der öffentlichen Arbeiten") mitzuteilen weiß, soll sich der deutsche Kanonenkönig Krupp mit seinem französischen Kollegen, Herrn Schneider von Creusot, associiert haben, um in Kleinasien am Schwarzen Meere ein großes Werk zu errichten. Diese würden den Unternehmern zwei große außerordentliche Vorteile bieten: 1. seien sie in nächster Nähe von reichen Kohlen- und Eisenminen gelegen; 2. komme in Betracht die außerordentlich billigen Arbeitskräfte, die ihnen in jener Gegend zur Verfügung stehen.

Der Franzose Schneider wie der Deutsche Krupp stehen in ihren Ländern in dem Ruf des unverfälschten Patriotismus; das hält sie natürlich nicht ab, gemeinsam vorzugehen, der Industrie ihrer Vaterländer vom Auslande aus Konkurrenz zu bereiten, sobald ihnen daraus nur große Vorteile erwachsen. —

Die Kriegserklärung der Deutschen Volkspartei.

—st— Wien, 8. April 1902.

Das Abgeordnetenhaus hat seine Thätigkeit heute wieder aufgenommen, aber es ist recht ungewiß geworden, wie lange es sich der relativen Ruhe der Budgetverhandlung erfreuen können wird. Die Situation hat sich nämlich durch die Ablehnung der bekannten Resolution wegen der Cillier Parallelklassen sehr verschlimmert, und gestern hat die Deutsche Volkspartei, die größte und angesehenste Partei der deutschen Gemeinbürgschaft, beschlossen, in die „schärfste Opposition" zu gehen. Außerhalb Oestreichs wird man es zwar nicht verstehen, wie die Ablehnung einer Resolution, die nichts mehr bezweckte als eine Aufforderung an die Regierung, vier Nebenklassen eines Unter-Gymnasiums in einer Provinzstadt aufzulassen — einer Resolution, zu der überdies die Regierung weder eine zustimmende noch eine ablehnende Haltung eingenommen hat — Grund genug sein sollte, der Regierung und dem Parlamente den Krieg anzukündigen; aber in diesem wunderlichen Oestreich stehen eben alle Dinge auf dem Kopf. Es ist auch unzweifelhaft, daß in dem Beschlusse der Volkspartei jene traditionelle Unfähigkeit der östreichischen Deutschen steckt, die Unterthänigkeit unter Stimmungen und der absolute Mangel realistischer Anschauung, also die Fehler, die ihnen schon oft so verhängnisvoll geworden sind; aber mit Vernunft ist der östreichischen Parteienpolitik überhaupt nicht beizukommen. Thatsache ist, daß der Entschluß der Volksparteiler die Situation des Parlaments ganz außerordentlich verschlechtert. Die Volkspartei ist nämlich die eigentliche deutschbürgerliche Partei und ihre Unterstützung bedeutete für Herrn v. Koerber nicht etwa nur die numerische Vergrößerung seiner Mehrheiten, sondern bildete seinen Rechtstitel; daß er sich mit dem deutschen Volke in Uebereinstimmung befinde, wurde erst durch die Deutsche Volkspartei bekundet. Was die Volksparteiler wollen, wissen sie natürlich selbst nicht. Sie begründen ihre Schwenkung damit, daß „angesichts der andauernden schweren Schädigung der nationalen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes" die schärfste Opposition geboten sei, aber diese „Schädigung" kann doch nicht durch die Ablehnung einer platonischen Resolution herbeigeführt worden sein; ohne diese Ablehnung hätten die Volksparteiler aber keineswegs gegen den Stachel geläckt. Wie soll auch die „ausreichende Gewähr" herbeigeschafft werden, daß „derlei Schädigungen ausgeschlossen bleiben" — das heißt, daß im Parlament kein andres Abstimmungsergebnis vorkommt als das, das den Volksparteilern paßt? Thatsächlich hat diese neueste Krise keinen sachlichen Grund, sie ist nur psychologisch zu erklären. Die Deutschen ärgern sich, weil ihnen unversehens eine Enttäuschung bereitet worden ist, und ihren Aerger lassen sie an der Regierung aus.

Es würde uns nicht wundern, wenn Herr v. Koerber die Geschichte endlich satt bekäme, denn unzweifelhaft ist seine Stellung moralisch außerordentlich erschüttert. Die Verhandlungen mit den Ungarn kommen über den toten Punkt nicht hinweg, und im Parlament wenden sich nun auch die Parteien von ihm, die zu gewinnen er sich allezeit am meisten angestrengt hat. Vielleicht ist der Ministerpräsident im Rechte, daß in Oestreich eine andre staatliche Politik als die der nationalen Unparteilichkeit und Unbefangenheit nicht möglich ist, aber am Ende ergeht es ihm doch wie dem Manne, der auf zwei Stühlen sitzen wollte. Zwischen der Opposition von

rechts und links, der der Jungczechen und der der Deutschnationalen, sitzt er nun traurig allein. —

In dem Abgeordnetenhause erklärte am Dienstag bei der Beratung des Titels „Bildungswesen" Hofmann v. Wellenhof im Namen der Deutschen Volkspartei, seine Partei verlange feste Bürgschaft dafür, daß die Verwaltung in keiner Weise mehr zur Schädigung der deutschen Interessen und des deutschen Besitzstandes gemißbraucht werde. Die Deutsche Volkspartei werde gegen das Budget stimmen und sei entschlossen, in schärfster Opposition zu verharren, so lange sie nicht Genugthuung für die Vergangenheit und Bürgschaften für die Zukunft habe. (Beifall.) Ministerpräsident v. Körber erklärte, die Parteien hätten sich bei ernsten Anlässen der Regierung geneigt gezeigt, und dadurch sei es gelungen, wichtige Fragen zu lösen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Entwickelung der öffentlichen Zustände zu gewinnen. Derartige Erfolge seien nur möglich durch Ausschaltung der nationalen Fragen. Da weder ganz deutsche, noch ganz slavische Parteien die Mehrheit des Hauses bildeten, blieben immer Parteien übrig, welche den Ausschlag geben. Ein Kompromiß der nationalen Parteien bilde die einzige Lösung, und unter dem nationalen Frieden könne man ein Kompromiß der großen nationalen Fraktionen verstehen. Dann sei eine Abstimmung, wie die über die Cilli'er Resolution, von vornherein ausgeschlossen. Die Rede wurde wiederholt durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen und am Schluß mit lebhaftem Beifall und Zwischenrufen von der Linken aufgenommen. —

Deutsches Reich.

Keine Neigung zu Entscheidungen scheint bei den Ueberzöllnern zu herrschen. Auch im preußischen Abgeordnetenhause wollen sie die Regierung nicht stellen. Jetzt wird gemeldet, daß die Beratung der auf weitere Erhöhung der Getreidezölle gerichteten Anträge der Konservativen und des Centrums im Abgeordnetenhause „bis auf weiteres" verschoben werden soll.

Alle diese Symptome deuten darauf hin, daß sich die Ueberzöllner schließlich mit der Regierung einigen werden. In dieser Einigung liegt die ernstliche Gefahr. —

Ordensverleihung an Admiral Seymour. Der deutsche Kaiser hat dem englischen Admiral Seymour und den Offizieren seines Stabes Ordensauszeichnungen verliehen.

Diese Ordensverleihung wird minder erregte Kommentare hervorrufen, als seiner Zeit die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts. War doch Seymour der Oberstkommandierende jener internationalen Expedition zum Entsatz der belagerten Legationen in Peking, zu der auch deutsche Marinetruppen ein beträchtliches Kontingent stellten. Und waren doch die Kämpfe der schließlich zum Rückzug auf Tientsin gezwungenen Kolonne Seymours die heftigsten des ganzen Feldzuges. Man würde nur dann in der Ordensverleihung eine neue einseitige Liebenswürdigkeit gegen England erblicken können, wenn nicht auch den an der Expedition beteiligten Truppenteilen der übrigen Nationen, die sich ebenso tapfer geschlagen haben wie die englischen und deutschen Mannschaften, die gleiche Auszeichnung zu teil würde. —

Wucher-Diäten. Nach Informationen der „Münchener Allgemeinen Zeitung" hat der ferienreifende Graf Posadowsky sich mit den verbündeten Regierungen dahin verständigt, daß allgemeine Diäten vorläufig nicht bewilligt werden, dagegen die Zollkommission durch Gewährung von Anwesenheitsgeldern kompromittiert werden soll.

Wir lehnen diese anrüchige Abschlagszahlung natürlich ab! —

Die Politik der Gesundheitsrücksichten, die eine Aushungerung des Volkes durch Wucherzölle veranlaßt, dafür aber das Volk vor der Borsäure schützt, wird immer merkwürdiger.

Die „Köln. Ztg." bestätigt jetzt, daß die verbündeten Regierungen das Verbot der Borsäure Hals über Kopf beschlossen haben, so daß sie gar nicht die Zeit hatten, sich über den wissenschaftlichen Wert der technischen Begründung ein Urteil zu bilden. Auch stellt das Blatt gegenüber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" fest, daß in Frankreich, Belgien und der Schweiz die Verwendung von Borsäure nicht verboten sei.

Wie sonderbar die wissenschaftlichen Gutachten geartet sind, geht auch daraus hervor, daß man — wie der „Fränkische Kurier" hervorhebt — auch Formalin als Konservierungsmittel verboten hat. Nun aber bildet sich Formalin bei jeder Räucherung von Fleischwaren aus dem Rauche, dessen regelmäßigen Bestandteil er bildet, in diese gelangt und zu ihrer Konservierung wesentlich, vielleicht sogar hauptsächlich beiträgt. Bücklinge, Rauchwürste, Gänsebrüste, geräucherte Schinken enthalten alle diesen „gesundheitsschädlichen" Körper.

Wenn die Natur an die Gesundheitsrücksichten glaubte, die von der deutschen Regierung vorgeschützt werden, so würde die Menschheit längst an formalinhaltigen Räucherwaren, die sie mit Begier seit undenklichen Zeiten verschlingt, elend zu Grunde gegangen sein. —

Graf Bülow hat auf seiner Heimfahrt von Italien auch einen Abstecher nach Wien gemacht.

Günstige Gelegenheit für Journalisten, die — gegen entsprechendes Honorar — gern bereit sind, das Gras wachsen zu hören! —

Der Zoll an der Grenze. Zu der aus der „Nat.-Ztg." citierten Notiz in unsrer Nr. 79 wird uns aus Konstanz noch geschrieben: Die Notiz bedarf der Berichtigung und Ergänzung. Das Pfund Brot auf Schweizergebiet ist 4½ Pfennig billiger als in Konstanz. Es dürfen täglich 6 Pfd. Brot von einer Familie über die Grenze zollfrei herübergeholt werden. Die Stadt erhebt von 2 Pfd. ab aufwärts bis 6 Pfd. 2 Pf. Octroi, d. h. 2 Pfd. kosten 2 Pf. Octroi und 6 Pfd. ebenfalls nur 2 Pf. Nicht nur die Arbeiter lassen durch ihre Kinder das Brot aus der Schweiz holen, sondern auch sogenannte bessere Leute schicken ihre Dienstmädchen täglich in die Schweiz zum Brotholen. Eine Arbeiterfamilie mit 3 Kindern braucht hier täglich ca. 4 Pfd. Brot. Es werden täglich 1500—2000 Pfd. Brot von der Schweiz nach Konstanz eingeführt. Die Schweizer Bäcker machen gute Geschäfte, während die Konstanzer Bäcker vielfach nur vegetieren. Bei Inkrafttreten des geplanten Zolltarifs werden hier mehrere Bäcker in Konkurs geraten.

Der Professor und die Thatsachen. Der liebe Gott weiß alles, aber ein Professor weiß bekanntlich alles besser. Der Professor Adolf Wagner hat, wie wir ausführlich erörtert haben, als Hauptargument für den Zollwucher die Uebervölkerungsgefahr ausgespielt. Sein Gehirn hatte folgende Gedankenreihe spintisiert: Der Industriestaat, das ist die Uebervölkerung; folglich müssen wir die industriestaatliche Entwicklung hemmen, zum Agrarstaat möglichst zurückkehren, und um den Agrarstaat zu fördern, brauchen wir die Zölle.

Nun kommt aber die Statistik und beweist mit ihren dürren Zahlen das Gegenteil: der Industriestaat — das ist die Bevölkerungsbeschränkung. Nach den Feststellungen des statistischen Bureaus ist die Geburtsziffer für das Gebiet der preußischen Monarchie im Jahre **1900** wiederum gesunken, da auf je 1000 Personen durchschnittlich nur 37,5 Geburten (einschl. Totgeburten) kamen. Damit ist ein **Tiefstand der Geburtsziffern erreicht, welcher während des Zeitraumes 1867 bis 1900 nur im Jahre 1871 — eine Folge des deutsch-französischen Krieges — übertroffen wurde.**

Zurückgeführt wird dieses Sinken der Geburtsziffern — bei einer erfreulichen Verlängerung der Lebensdauer — auf die veränderte Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land. Es wohnt ein viel größerer Prozentsatz der Bevölkerung in den Städten, und die städtische Bevölkerung sei unfruchtbarer, als die ländliche.

Als besonders bedenklich wird es noch hingestellt, daß die natürliche Volkszunahme im Jahrfünft 1895/1900 zum erstenmal durch die von der Zuwanderung bestimmten Bevölkerungvermehrung übertroffen worden sei. Preußen, so wird gesagt, sei nicht mehr ein Menschen abgebender, sondern ein Menschen empfangender Staat.

So droht also diese Statistik im Gegensatz zu Adolf Wagner mit dem Gespenst der Entvölkerung und macht auch dafür die Industrialisierung verantwortlich. Auch diese Argumentation ist selbstverständlich hinfällig. Beachtlich aber sind diese Zahlen immerhin. Erstens weil sie den Popanz der Uebervölkerung entlarven. Und dann ist es für den Gesellschaftskritiker eine nach verschiedenen Richtungen hin zur Betrachtung reizende Erscheinung, daß gerade in der Zeit des industriellen wirtschaftlichen Aufschwunges die Geburtenziffer relativ gesunken ist bei gleichzeitiger — das ist das Wesentliche — Verminderung der Sterblichkeit. Diese beiden parallelen Phänomene muß man gemeinsam betrachten. Gerade das größte Elend zeigt die höchstgesteigerte Fruchtbarkeit an Geburten, aber auch zugleich an Todesfällen.

Fruchtbarkeit und Langlebigkeit wird sich erst dann gleichermaßen frei entfalten, wenn der Kapitalismus, der auch während seiner glänzendsten Blüteperioden, in seinen Hemmungswirkungen nur unwesentlich gemildert wird, der socialistischen Ordnung gewichen sein wird. —

Ueber eine sehr aufklärungsbedürftige Angelegenheit werden uns von befreundeter Seite folgende Mitteilungen gemacht:

„Im Gefängnis Düsseldorf-Derendorf befindet sich der italienische Maurer Bernardino Frateldi. Dieser ist früher in Italien wegen politischer Vergehen verurteilt worden, floh nach der Schweiz, von wo er auf Betreiben der italienischen Polizei, die ihn als „gefährlichen Anarchisten" angab, ausgewiesen wurde; er ging dann nach Elsaß-Lothringen, Frankreich und wiederum nach Deutschland. Hier hat er sich seit dem 15. Juli 1901 aufgehalten, ist stets in Arbeit und geordneten Verhältnissen gewesen. Ende Februar d. J. wurde er plötzlich verhaftet, gefesselt und in das Gefängnis geworfen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß er aus Deutschland ausgewiesen sei und daß er, da die italienische Regierung seine Auslieferung verlangt habe, in Gewahrsam gehalten werden müsse. Obschon er nun länger als ein Monat im Gefängnis ist, ist er bisher noch keinem Verhör unterworfen worden und vollständig ohne jede Kenntnis, wegen welcher angeblicher Gesetzwidrigkeiten seine Auslieferung verlangt wird. Frateldi ist übrigens kein Anarchist, sondern Socialdemokrat und hat keinerlei Vergehen begangen, wegen dessen er an Italien ausgeliefert werden dürfte."

Es ist dringend erforderlich, daß die Düsseldorfer Justizbehörde diese Angelegenheit ohne Verzug prüft und Aufklärung giebt. —

Eine schwere Anklage gegen die socialen Verhältnisse bildet die Thatsache, daß gegenwärtig in Preußen 15 500 Kinder der Zwangserziehung überantwortet sind; das neue Fürsorgegesetz hat ein starkes Anwachsen der Zahl zur Folge gehabt. —

Verkehrspolitik gegen den Verkehr.

Die jüngsten Besprechungen der einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß kein Bundesstaat künftig Tarifreformen vornehmen will ohne vorherige Besprechung mit den übrigen. Dieser neue Eisenbahntrust kann natürlich nur durchaus verkehrsreaktionäre Wirkungen haben.

In diesen Auseinandersetzungen der Bundesstaaten hat Sachsen offenbar eine besonders reaktionäre Rolle gespielt. Sachsen bedrängt durch die Konkurrenz der preußischen Bahnlinien und durch das Sinken seiner Eisenbahnüberschüsse, hat vor kurzem an die Regierungen zu München, Stuttgart, Karlsruhe, Oldenburg, Berlin und Schwerin ein Schreiben gerichtet, worin beantragt wurde, die Politik der Tarifermäßigungen endlich aufzugeben und eine Politik der Tariferhöhungen ins Auge zu fassen. In dem Dresden, 11. März 1902, datierten Schreiben heißt es:

„Das Finanzministerium benutzt hierbei die Gelegenheit, zu der Anregung, ob es nicht angezeigt sein möchte, den fortgesetzten Tarifermäßigungen, wie sie von der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen, zumal durch Abänderungen der Tarifvorschriften und der Klassifikation des gemeinsamen deutschen Güstertarifs, Teil 1, seit Jahren vorgeschlagen zu werden pflegen, in etwas Einhalt zu thun.

Das Anschwellen der Selbstkosten des Eisenbahn-Betriebes läßt es doch äußerst fraglich erscheinen, ob die in einem Teile der Tagespresse vertretene und zumal im Schoß der Tarifkommission tief eingewurzelte Anschauung, daß eine irgend eingreifende Abänderung der Eisenbahntarife sich nur in der Richtung der **Herabsetzung** der Tarife bewegen könne und dürfe, grundsätzlich noch als richtig anerkannt werden kann. Vielmehr gewinnt jetzt in weiteren Kreisen der Bevölkerung die Ueberzeugung mehr und mehr Boden, daß eher auf Frachterhöhungen als auf Frachtermäßigungen zuzukommen ist. Gestützt wird diese Ueberzeugung durch die bekannte Thatsache, daß Tarifermäßigungen den jetzt für große Produktionsgruppen als nötig anerkannten Zollschutz illusorisch zu machen geeignet sind ... Es wird nach diesseitiger Meinung künftig mehr als bisher der finanzielle Standpunkt der Eisenbahnverwaltungen berücksichtigt werden müssen."

Der Zollabsperrung gegen das Ausland reiht sich diese innere Verkehrshemmungspolitik würdig an. —

Späte Einsicht.

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Die sächsischen Großindustriellen, soweit sie noch zu den Nationalliberalen sich zählen, sehen allgemach ein, welch große politische Thorheit die Nationalliberalen begingen, als sie sich auf ein politisches Kartell mit den Konservativen einschwören ließen. Nun die Konservativen die unbestrittene Macht im Landtage haben, fördern sie immer rücksichtsloser die agrarischen Interessen. Das scheucht jetzt die Industriellen auf, die darin mit Recht eine Schädigung der Industrie resp. der Allgemeininteressen erblicken. Deshalb hat der Landesverband Sachsen des Bundes der Industriellen einen Aufruf erlassen, der zur Bekämpfung dieser „einseitigen Berücksichtigung der agrarischen Forderungen" auffordert. Wir haben aber zu diesen Kreisen nicht das Vertrauen, diese ihre plötzliche Einsicht könnte vorhalten und eine konsequente Politik nach sich ziehen, die zunächst das Kartell zwischen Konservativen und Nationalliberalen gegenüber der Socialdemokratie der Vergangenheit überliefern müßte.

Die Socialdemokratie hat dieses Kartell nicht zu fürchten, sie ist trotzdem zur stärksten Partei in Sachsen emporgewachsen, die jetzt die größere Hälfte der Bevölkerung umfaßt. Dagegen hat die Kartellpolitik das Dreiklassenwahlsystem gebracht, das zwar die Socialdemokratie aus dem Landtag verdrängte, aber die Nationalliberalen vollständig in Abhängigkeit von den Konservativen brachte und ihre Partei im Lande immer mehr decimierte. Und gerade diese letztere Thatsache empfinden die Nationalliberalen am schwersten. Nur fehlt ihnen die Kraft, sich der erdrückenden konservativen Umklammerung zu entziehen, sie „quietschen" wohl, aber sie beißen nicht. Bei künftigen Wahlen, den Reichstags- oder Landtagswahlen, werden sie trotz des Kartells von den Konservativen noch mehr an die Wand gedrückt werden. Einer wahrhaft volkstümlichen Politik nicht zugänglich und fähig, fürchten sie die Socialdemokratie weit mehr, als die Erdrosselung durch ihre konservativen Kartellbrüder.

Mit kurzem Wort: Soll der Aufruf der Industriellen irgendwelche Bedeutung gewinnen, dann müßte die nationalliberale Partei in Sachsen den offenen Kampf gegen die konservative beginnen. Niemand traut dies den Nationalliberalen zu, ihre ganze Vergangenheit macht ihnen dies auch unmöglich. Der Aufruf der Industriellen hat also nicht die Bedeutung, die ihm von der industriefreundlichen Presse beigelegt worden ist. Bemerkenswert ist nur, daß die politische Einsicht der konservativ-reaktionären Gefahr in Sachsen erst jetzt den Nationalliberalen kommt; sie kommt unsrer Ansicht nach zu spät und rettet ihre Träger nicht mehr. —

Die Erfolge der Germanisierungspolitik.

Ueber die jetzigen Verhältnisse in der katholischen Schule in Wreschen berichtet die Bromberger „Ostdeutsche Rundschau": „Bei der Schulentlassung am 26. März sangen die Mädchen das Eröffnungslied „Großer Gott" nicht mit. 40 Kinder wurden, wie schon erwähnt, wegen nicht genügender Kenntnisse nicht entlassen. Auf dem Schulhofe zerriß ein Teil derselben die erhaltenen Zeugnisse. Am 3. April wurde die neue Schulbaracke durch den Kreis-Schulinspektor eingeweiht, wozu das Lehrerkollegium und Bürgermeister Patschke erschienen waren, während die andren Mitglieder des Schulvorstandes fehlten. Vier von den nicht zur Entlassung gekommenen Kindern waren nicht erschienen. Nachdem ihnen die polizeiliche Zuführung angedroht worden war, erschienen am nächsten Tage drei." Heute beginnt nun das neue Schuljahr. Der „Oredownik" meint, in Wreschen werde es mit einer neuen Strafe der polnischen Kinder und Eltern beginnen.

Alldeutsche Blätter, die nun seit fast drei Jahren über die schnöde Occupationspolitik Englands in Südafrika heulmeiern und über die Russifizierung der Ostseeprovinzen spektakeln, fühlen sich durch diesen Bericht veranlaßt, von neuem gegen die polnische Bevölkerung zu hetzen, und sich über die „Früchteln" derselben zu entrüsten. Wenn dreizehnjährige Boerenjungen zur Büchse greifen, so findet diese „nationale" Presse das heroisch, wenn aber polnische Schulkinder der Zwangsgermanisierung einen in seiner Art nicht minder heroischen Widerstand entgegensetzen, so werden sie verunglimpft.

Ob übrigens an den ungenügenden Kenntnissen der einer ferneren Schulfolter überantworteten 40 Kinder nicht die thörichte Methode des deutsch-sprachlichen Unterrichts schuld ist? Hat sich doch bei dem Prozeß des Lehrers Kühn gegen den Ortsvorsteher von Oirzanow herausgestellt, daß bei dem durch Kühn erteilten Unterricht die Schüler den Lehrer ebenso mangelhaft verstanden, wie umgekehrt der Lehrer die Schüler. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Wie verkehren Sie denn mit den Schülern, da Sie doch der polnischen Sprache nicht mächtig sind"? gab der Lehrer die klassische Antwort: „Ich verstehe soviel polnisch, um mich notdürftig zu verständigen. Bisweilen rufe ich meine Frau zu Hilfe." —

Amtliche Fragebogen. Im Kreis Graudenz hat ein Schulinspektor an die Lehrer folgende Fragebogen gerichtet:

1. Wie viel Kinder besuchen in der Kirche den deutschen und wie viel den polnischen Unterricht?
2. Wer lehrt sie, bezw. wer hat sie gelehrt, polnisch lesen?
3. Aus welcher Fibel lernen sie polnisch lesen?
4. Wer hat ihnen diese Fibel gegeben und woher haben sie dieselbe?

Diese Fragen beziehen sich auch auf das, was im Hause der Eltern der Schulkinder vorkommt! Wie kommt aber der Schulinspektor dazu, die Lehrer zu veranlassen, sich ins häusliche Leben einzumischen, bezw. die Kinder danach auszuhorchen?

Eine geborstene Centrumssäule. München, 8. April. (Eig. Ber.) Wegen 9 Verbrechen wider die Sittlichkeit, begangen an 6 bis 11jährigen schulpflichtigen Mädchen, hatte sich am Mittwoch vor dem Landgericht München II der katholische Pfarrer und Distrikts-Schulinspektor Mathias Graf von Oberalting bei Bruck zu verantworten. Pfarrer Graf wurde schon als Kooperator in Seeshacht einmal von Bauernburschen nachts am Kammerfensterl einer 17jährigen Dorfschönen angetroffen; dieses Mädchen nahm er später, als er Pfarrer in Oberalting wurde, als Haushälterin zu sich; dann verließ sie die Stelle nach 6 Jahren, nachdem sie die in sittlicher Beziehung verlangten Ansprüche des Pfarrers nicht erfüllen zu können glaubte. Außerdem stand Graf in Oberalting mit einer Lehrerin in intimen Beziehungen und setzte diese, als die Lehrerin dieserhalb versetzt wurde und er vom bischöflichen Ordinariat eine Verwarnung bekam, auch mit der Nachfolgerin fort. Die ihm zur Last gelegten neun Verbrechen hat der 35jährige Pfarrer zum Teil während des Religions- und Kommunionunterrichts und zum Teil während einer Wallfahrt am „schmerzhaften" Freitag in der Kirche zu Andechs begangen. Die Kinder verpflichtete er zum größten Stillschweigen und forderte von ihnen, daß sie bei keinem andren Geistlichen beichten dürfen. Unser Bruderorgan, die „Münchener Post", hat im vorigen Sommer in mehreren Zuschriften das schamlose Treiben des Pfaffen aufgedeckt, worauf dessen Verhaftung erfolgte. Gegen Erlag von 5000 M. in Freiheit gesetzt, wurde er vom Bischof in Augsburg in das Kapuzinerkloster nach München verwiesen, von wo aus er nach der Schweiz flüchtete. Dadurch ist die Kaution, die zum Teil von Freunden aufgebracht wurde, dem Staate verfallen. Durch Briefe, die er von der Schweiz aus an seine Haushälterin schrieb, wurde sein Aufenthalt in Chur ausfindig gemacht, worauf Graf verhaftet und ausgeliefert wurde. Da der Angeklagte nur teilweise geständig war, war das Gericht gezwungen, die moralisch zu Grunde gerichteten Opfer des Lüstlings zu vernehmen. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Schweinepriesters zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis; von vier Verbrechen wurde Graf freigesprochen. —

Ausland.

Die Unterzeichnung des Mandschureivertrages

durch China ist am Dienstag erfolgt. Das „Reutersche Bureau" meldet darüber: Der russische Gesandte Lessar, Prinz Tsching und Wangwentschao haben den Mandschureivertrag unterzeichnet. Die Schlußparagraphen bestimmen, daß die Ratifizierung durch Rußland binnen drei Monaten zu erfolgen hat. Die Russen schlagen vor, sie wollten die Eisenbahn den Chinesen dann zurückgeben, wenn die Engländer die militärische Verwaltung der Eisenbahn in Tschili aufgeben. Der britische Gesandte verhandelt über eine Uebereinkunft mit dem Direktor der Eisenbahnen, nach der die britischen Interessenten an der Leitung der Bahn und an der Kontrolle von Einnahmen und Ausgaben nach der Wiederübergabe an die Chinesen in weitgehendem Maße beteiligt werden sollen.

Wie man sieht, ist der Vertrag durch Chinas Einwilligung in denselben noch keineswegs perfekt. Rußland macht noch allerhand Vorbehalte, deren Erfüllung Schwierigkeiten entgegenstehen.

Sollte aber Rußland den Vertrag binnen drei Monaten wirklich ratificieren, so wird es seine Truppen aus der Mandschurei erst binnen weiteren 6—18 Monaten zurückzuziehen haben. Und das auch nur dann, wenn in der Mandschurei völlige Ruhe herrscht. Es scheint aber, als sollte diese Voraussetzung kaum erfüllt werden. Liegen doch gerade heute wieder Meldungen über neue Unruhen in der Mandschurei sowohl wie in der Mongolei vor:

Dem „Ruski Invalid" zufolge machte nach einem Bericht des Stabschefs des Kwantung-Gebietes an den Generalstab eine 600 Mann starke Tschuntschusen-Bande am 26. März einen Angriff auf einen russischen Militärposten auf dem linken Ufer des Liaohe, zwanzig Werst von Alt-Niutschwang. Die Angreifer wurden zurückgeschlagen und verloren mehr als 20 Tote.

Auf russischer Seite fielen zwei Mann; der Chef des Militärpostens und vier Mann wurden verwundet. Die Räuberbande wird verfolgt.

Ferner wird aus Tientsin berichtet: In der Umgebung von Hiatau in der Mongolei herrscht fortgesetzt Aufruhr infolge der Erhebung von Steuern zur Bezahlung der Kriegsentschädigung. Die Einwohner sind gut bewaffnet und organisieren nunmehr den Widerstand gegen die Regierungstruppen.

Das ganze Mandschureiabkommen dürfte deshalb einstweilen nur als diplomatische Farce zu betrachten sein.

Oestreich-Ungarn.

Socialdemokratische Handlungsgehilfen. Wien, 8. April. (Eig. Ber.) Die sonntägigen Wahlen der Handlungsgehilfen haben mit einem glänzenden Siege der Socialdemokraten

geendet. Eigentlich siegten unsre Genossen zum drittenmale, nur daß ihnen der Wahlsieg vom Jahre 1898 durch die Annullierung, der vom vorigen Jahre durch die Sistierung des Wahlaktes entrissen worden war. Um so glänzender ist ihr diesmaliger Erfolg. Während die Christlichsocialen, die die Position während der ganzen Zeit, bis Geltung der Zwangsgenossenschaften, ununterbrochen besaßen — es handelte sich um die Leitung der Gehilfenversammlung und die genossenschaftliche Krankenkasse — trotz aller Kraftanstrengung nicht die Stimmenzahl aufbrachten, die die Socialdemokraten im Jahre 1898 erreicht hatten, ist die Stimmenzahl der socialdemokratischen Gehilfen um 1200 gestiegen. Bei einer für genossenschaftliche Wahlen ganz unerhörten Wahlbeteiligung — von den 17 000 Wählern beteiligten sich fast 10 000 an der Wahl — erhielt die socialdemokratische Liste 5623 Stimmen, während die Christlichsocialen mit 4282 Stimmen in der Minorität blieben. Das rasche Wachstum der socialdemokratischen Bewegung unter den Wiener Handlungsgehilfen ist einfach verblüffend. Während sich sonst der unkurierbare Standesdünkel dieser halbbürgerlichen Elemente gegen die socialdemokratische Propaganda widerspenstig erweist, ist es in Wien genau umgekehrt: hier hat die Socialdemokratie in den Handlungsgehilfen frische und lebhafte Empfänglichkeit gefunden und unaufhaltsam ist der socialdemokratische Geist unter ihnen vorgedrungen. Die Wahljahre ergeben folgendes Bild: 1892: 729 Stimmen, 1895: 2667, 1898: 4415 und 1902 5623 Stimmen, also ein ununterbrochenes und bedeutsames Fortschreiten, das für die Zukunft die besten Hoffnungen bietet.

Die Wahl war, wie es bei der Konzentrierung so ungeheurer Wählermassen in ein Wahllokal fast selbstverständlich ist, ungemein lebhaft, und den ganzen Tag herrschte in den Prateranen das lunteste Treiben. Aber da die Polizei ausgerückt war, als gelte es in den Krieg zu ziehen, so kam es trotz aller leidenschaftlichen Erregung der Parteien zu keinen größeren Ausschreitungen. Die übertriebenen Berichte der sensationslüsternen Blätter darf man nicht ernsthaft nehmen. —

England.

Verschiebung der Budgetberatung. Die Einbringung des Budgets im Unterhause ist auf Montag verschoben worden, weil Hicks Beach sich gegenwärtig unpäßlich fühlt.

Schweden.

Zur Wahlrechtsreform hat Hjalmar Branting am Sonnabend in der zweiten Kammer zwei Anträge eingereicht. In dem ersten Antrag wird die Festlegung des allgemeinen Wahlrechts für jeden schwedischen Staatsbürger vom vollendeten 21. Lebensjahre ab durch Abänderung der entsprechenden Paragraphen der „Reichstags-Ordnung" verlangt. Der zweite bezieht sich auf eine neue Wahlkreis-Einteilung, wodurch Stadt und Land in der Vertretung im Reichstag gleichgestellt werden sollen. Da hierzu eine Verfassungs-Aenderung notwendig wird, die der Reichstag nicht beschließen kann, so wird beantragt, daß der Regierung ein dementsprechendes Gesuch zugestellt werde. — Eine großartige Demonstration für das allgemeine Wahlrecht veranstalteten am Sonntag die Arbeiter Stockholms. Die Versammlung, die im Freien stattfand, war von über 6000 Personen besucht. Nach Vorträgen Brantings, des einzigen socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten, und Sven Persons, des Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes, wurde eine Resolution gefaßt, worin entschieden gegen den Wahlrechtsreform-Vorschlag der Regierung protestiert und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht verlangt wird. —

Rußland.

Verhängung der Prügelstrafe über die politischen Gefangenen! Die Londoner Morgenblätter berichten aus Petersburg: Das Moskauer Gefängnis, in welchem in letzter Zeit eine große Anzahl Studenten interniert waren, ist von den Insassen in Brand gesteckt worden. Die Studenten hinderten die Feuerwehr an den Löschungsarbeiten und wurden dieserhalb zu körperlichen Strafen verurteilt. Die Bevölkerung ist über diese Vorgänge sehr erregt.

Der „Regierungsbote" teilt mit, daß ein großer Teil der wegen Teilnahme an den Moskauer Februarunruhen zu Gefängnishaft in Archangel verurteilten Personen im Moskauer Gefängnis, wo sie sich noch befinden, sich unruhig verhalten und wiederholt die Disciplin verletzt haben. Da ein Zusammensein so vieler Personen in einem Gefängnis während längerer Zeit keine wünschenswerten Folgen haben könne, und um die einzelnen Gefangenen dem schlechten Einfluß der übrigen zu entziehen, habe der Kaiser befohlen, daß die Gefangenen nicht in Archangel, sondern in kleinen Gruppen in Gefängnissen verschiedener Städte ihre Strafen verbüßen sollen. —

Aus Industrie und Handel.

Eine Propaganda und Schutzorganisation für die Kartelle und Syndikate bedeutet die Vereinigung, die auf Einladung des Centralverbandes deutscher Industrieller in der Konferenz der Vertreter der Kartelle und Syndikate zu stande kam. Die Einberufung dieser Konferenz fiel mit der Rundfrage des preußischen Ministeriums über Organisation und Ausbreitung der Kartelle zusammen und es lag nahe, daß die Interessenten einen Eingriff in ihre Syndikatswirtschaft witterten. In der Versammlung wurde zwar von dem Direktor des Centralverbandes deutscher Industrieller, dem Finanzrat Jenke erklärt, nicht diese Umfrage sei die Ursache der Einberufung, sondern die Konferenz sei lange geplant; unstreitig hat aber die Umfrage der Regierung die Interessenten angeregt. Beachtenswert war, daß der Vertreter des westfälischen Coakssyndikats mitteilen konnte, der preußische Handelsminister, Herr Möller, habe mit der Umfrage nichts zu thun, sie sei im Reichsamt des Innern fabriziert. Sicherlich hätten auch die Herren vom Centralverband ganz an ihrem Schützling im Handelsministerium irre werden müssen, wenn er sobald die Interessen einer Kapitalistengruppe außer acht läßt, der er früher so nahe gestanden hat. Man sieht doch, daß die Verbindung noch nicht abgerissen ist. Herr Brueck kündigt denn auch an, daß man gleichfalls eine Enquete über die Syndikate veranstalten werde. Es sei angesichts der heutigen Strömungen in der öffentlichen Meinung durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Regierung sich zu besonderen Gesetzen gegen die Kartelle veranlaßt sehen könnte und daß es dann geboten sein würde, die Interessen der Kartelle energisch und sachgemäß wahrzunehmen.

Unter allgemeiner Zustimmung wurde hiermit der Centralverband deutscher Industrieller betraut, dem ein Ausschuß von 6 Mitgliedern aus der Versammlung beigegeben wurde.

Zum Handelskammer-Gesetz ist dem Abgeordnetenhaus folgende Aenderung des § 44 zugegangen: „Insoweit für denselben Bezirk eine der im Absatz 1 aufgeführten kaufmännischen Korporationen und eine Handelskammer besteht, bestimmt der Minister für Handel und Gewerbe im Einverständnisse mit dem etwa beteiligten Ressortminister, in welchem Umfange die den Organen des Handelsstandes zustehenden öffentlich-rechtlichen Befugnisse noch von der kaufmännischen Korporation wahrzunehmen sind."

Die Aenderung ist speciell auf die Berliner Verhältnisse zugeschnitten, weil hier durch das Fortbestehen des Aeltesten-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft neben der neuerrichteten Handelskammer Interessenkonflikte entstehen können.

Aus der Syndikatspraxis. Der Verband deutscher Drahtwalzwerke hat seinen Abnehmern seiner Zeit die kontraktliche Verpflichtung auferlegt, den Wiederverkauf von Draht zur Stiftfabrikation nur mit solchen Firmen abzuschließen, die dem Drahtstift-Verband angehören. Der geschäftliche Verkehr mit den Händlern wird seitens des Verbandes deutscher Drahtwalzwerke durch das Berliner Verkaufscomptoir geregelt. Anscheinend versuchen nun einige Händler auf Umwegen Draht auch an außerhalb des Drahtstifts-Verbandes stehende Firmen zu verkaufen. Hiergegen richtet der Verband deutscher Drahtwalzwerke folgende Drohung:

„In der jüngsten Zeit bemühen sich einige Händlerfirmen, gezogenen Stiftdraht zu erlangen und weigern sich, die Verbrauchsstelle zu nennen, so daß es wahrscheinlich um die Versorgung von außerhalb des Verbandes stehenden Drahtstift-Fabriken sich handelt. Wir nehmen hieraus Veranlassung, unter Bezugnahme auf unsre Verkaufsbedingungen auf die Notwendigkeit hinzuweisen, beim Verkauf von gezogenem Draht Vorsorge zu treffen, welche die Lieferer sichert, daß aus den Lieferungen an Händler nichts an außerhalb des Verbandes deutscher Drahtstift-Fabrikanten stehende Firmen gelangen kann. Bei den letzten Versuchen handelte es sich um Dortmunder Händlerfirmen; ein besonderes Augenmerk ist aber im eignen Interesse der Verkäufer auf alle von Händlern abgeschlossenen Drahtlieferungsgeschäfte zu richten."

Vom Kohlenmarkt liegen wieder äußerst ungünstige Nachrichten vor. Der oberschlesische Markt ist so überfüllt, daß die Händler nicht wissen, wo sie die abgeschlossenen Sendungen unterbringen sollen. Auch in Braunkohle ist ein starkes Angebot, so daß die Förderung weiter eingeschränkt werden muß. Ueber die Lage des Ruhrkohlenmarktes schreibt die „Rh.-Westf.-Ztg."

„Der Abruf ist zur Zeit so schwach wie wohl kaum jemals zuvor. Viele Syndikatszechen haben ihre Förderung gegenüber der Beteiligungsziffer seit dem 1. April d. J. schon bis zu 30 Proz. und mehr eingeschränkt, wenn auch seitens des Kohlensyndikats nur eine Einschränkung von 24 Proz. in Aussicht genommen bezw. beschlossen worden ist. Trotzdem müssen die genannten Verbandszechen noch große Mengen Kohlen unverladen stehen lassen bezw. den ohnehin bereits recht beträchtlichen Beständen zuführen. Daß unter solchen überaus traurigen Absatzverhältnissen die Syndikatszechen zu der Entlassung weiterer Arbeiter übergegangen sind, bedürfe keiner weiteren Hervorhebung."

Das letztere ist entschieden unrichtig. Die meisten Syndikatszechen sind finanziell in so günstiger Position und haben in den Jahren vorauf so erhebliche Gewinne erlangt, daß jetzt auch mit einer geringen Verzinsung des Anlagekapitals die Aktionäre zufrieden sein könnten. Von einer humanen Auffassung der Betriebsleitungen zeugt es nicht, wenn jetzt Tausende von Arbeitern um ihre Existenz gebracht werden, weil es im Interesse des Profits zweckmäßig erscheint.

Die Erste Deutsche Patent-Linoleumfabrik in Köpenick hat den Konkurs angemeldet. Das Aktienkapital beträgt 1 500 000 M. In den beiden letzten Jahren hat die Gesellschaft 538 634 M. Verluste zu verzeichnen. Dividende ist seit dem Jahre 1899 nicht mehr gezahlt, früher hat das Unternehmen bis zu 15 Proz. abgeworfen. Die Schwierigkeiten sollen durch die ungünstige Marktlage entstanden sein. Gegenwärtig waren 50 000 M. Accepte fällig, für die keine Deckung geschafft werden konnte. Die Berliner Handelsgesellschaft, die dem Unternehmen näher steht, soll größere Kredite abgelehnt haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Militärschneider. Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts fand gestern, Mittwoch, eine vom Gewerbegerichts-Direktor, Herrn v. Schulz einberufene Konferenz der Arbeitgeber statt. Eingeladen waren diesmal 36 der für diese Branche in Betracht kommende Firmen, wovon etwa 20 vertreten waren, während sich 5 bis dahin entschuldigt hatten. — Nach langer Beratung wurde folgender Beschluß gefaßt: Unter der Voraussetzung, daß sämtliche Arbeitgeber der Branche sich an den Verhandlungen beteiligen, wollen die einzelnen Firmeninhaber zunächst abwarten, ob ihre Arbeiterschaft mit Forderungen an sie herantritt; sollte dies geschehen, so wollen sie die Arbeiter veranlassen, bei jeder Firma einen Deputierten zu wählen. Die sämtlichen Deputierten sollen alsdann auf dem Gewerbegericht mit den Arbeitgebern zu einer Vorbesprechung zusammentreten.

Es soll insbesondere Sache dieser gemeinsamen Versammlung sein, eine paritätische Kommission zu wählen, der alsdann der Auftrag werden wird, auf Grundlage des Tarifs der Firma Robrecht — der gegenwärtig bei den meisten übrigen Firmen Gültigkeit hat — in Verhandlung zu treten zur Festlegung eines neuen Tarifs. Es wird auch Sache dieser Kommission sein, den alten Tarif dahin zu prüfen, ob und in welchen Positionen Erhöhungen eintreten sollen. Kommt ein Tarif zu stande, so soll derselbe auf dem Gewerbegericht protokollarisch festgelegt werden.

Verhandlungen mit den Vertretern der Schneider-Organisation, die ebenfalls erschienen waren, wurden von den Unternehmern abgelehnt. — Die Arbeiter werden in den nächsten Tagen eine Versammlung abhalten, um zu den Beschlüssen der Unternehmer Stellung zu nehmen, und in der entschieden werden wird, ob unter diesen Bedingungen weiter verhandelt oder zur Durchführung der aufgestellten Forderung in den Streik eingetreten werden soll.

Deutsches Reich.

Die deutschen Fleischermeister im Kampfe gegen die Gesellen-Organisation. Diese für das Fleischergewerbe noch ziemlich neue Erscheinung scheint jetzt einen immer schärferen Charakter anzunehmen, da die Meister und ihre Helfershelfer versuchen, der jungen Gesellen-Vereinigung, dem Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, die Leiter zu nehmen. Sorgen sie doch systematisch dafür, daß letztere immer und immer wieder aus Lohn und Brot gebracht werden. Nach Verlauf des zu Ostern abgehaltenen Kongresses und des Verbandstags des Central-Verbandes hat nun das offizielle Organ der deutschen Fleischer-Innungen, die „Allgemeine Fleischer-Zeitung", geglaubt, noch ein übriges thun zu müssen, indem sie die durch unlautere Mittel erworbene Delegiertenliste vom Kongreß der Fleischergesellen in ihren Spalten veröffentlichte und die Bemerkung daran knüpfte, daß sie feststellen will, wie viele von den Delegierten noch wirklich als Gesellen arbeiten oder ob sie lediglich von der Agitation leben. Der ganze Zweck dieses Manövers ist jedenfalls offensichtlich genug. Einige Delegierte haben auch schon unter dieser Verrufserklärung zu leiden gehabt. Aus diesem Grunde ist es wohl nötig, daß die übrige organisierte Arbeiterschaft den organisierten Fleischergesellen allerorts die kräftigste moralische Unterstützung angedeihen läßt.

Den Breslauer Bauarbeitern ist an Stelle des zu Pfingsten ablaufenden Vertrages von der Meisterschaft ein neuer Tarifvertrag unterbreitet worden, der gegen die zur Zeit gültige Arbeitsordnung ganz erhebliche Verschlechterungen enthält. Eine von 900 Maurern besuchte Versammlung beauftragte, um zunächst eine friedliche Verständigung zu versuchen, den Verbandsvorstand, mit dem Arbeitgeberbunde in mündliche Verhandlungen zu treten.

Zuzug von Tischlern ist von Bielefeld streng fernzuhalten, da dort die Gehilfen bei dem Tischlermeister Güse wegen Einführung einer „Arbeitsordnung" in Kündigung stehen, die gegen die Vereinbarung des Jahres 1899 verstößt.

Der Streik der Stuhlbauer bei der Firma Busch in Geringswalde ist durch Vermittelung des Bürgermeisteramtes zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Die Maler in Stuttgart beabsichtigen in eine Lohnbewegung zu treten. Sie verlangen an Stelle des im Jahre 1896 vereinbarten, aber nur teilweise eingehaltenen Tarifs neue Vereinbarungen unter Zugrundelegung eines Minimallohns von 45 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden und Nachtarbeit soll ein Aufschlag bezahlt werden.

Arbeitgebertrutz. Nach der „Dresdener Zeitung" beschlossen Dresdener Arbeitgeber — welche ist nicht gesagt; wahrscheinlich die nationalliberalen — die am 1. Mai feiernden Arbeiter bis zum 15. Mai auszusperren.

Zur Schneideraussperrung in München. Herr Gewerberichter Dr. Prenner versuchte in der vergangenen Woche erneut, eine Einigung zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen. Die Vertreter der Gehilfen erklärten sich bereit, sich einem Schiedsspruche zu unterwerfen, der Vertreter des Arbeitgeber-Verbandes lehnte jede Vermittelung ab. Um die Schneidermeister ganz Süddeutschlands gegen die Gehilfen scharf zu machen, berief man für Sonntag und Montag einen Kongreß derselben nach München ein. Nach Ablauf von weiteren drei Jahren beabsichtigt die Gehilfenorganisation einen dreiklassigen Minimal-Wochenlohn und den Achtstundentag einzuführen," heißt es in dem Cirkular, durch das die Einladung an die Meister erging. Aus purer Angst vor dem Achtstundentag nahmen die erschienenen Meister vor Beginn der Verhandlungen noch ein Festessen — a Couvert 3 Mark — zu sich; so gestärkt berieten sie dann, auf welche Weise sie ihren Gesellen am besten den Brotkorb höher hängen könnten.

Eine Aussperrung zum Zwecke der Vernichtung der Metallarbeiter-Organisation hat die Firma Beierle in Mülhausen (Elsaß) vorgenommen. An die Arbeiter wurde die Zumutung gestellt, den Inhalt eines Zeitungsartikels zu widerrufen, der sich mit den Verhältnissen der Firma beschäftigte. Sieben organisierte Arbeiter weigerten sich, dies zu thun; darauf wurden sie auf die Straße gesetzt.

Sociales.

Masseneinwanderungen italienischer Arbeiter werden trotz der schlechten Konjunktur gemeldet. Nach Meldungen des „Badischen Korrespondenz-Bureaus" an süddeutsche Blätter sollen am verflossenen Sonnabend in Konstanz drei Dampfboote mit über 1000 Italienern über Bregenz herangekommen sein, die dann mit Extrazügen nach Mannheim weiter befördert wurden. Am Donnerstag wären 500 und am Mittwoch 800 Mann angekommen. Unglaublich klingt es fast, wenn das betreffende Bureau die Anzahl der über Konstanz nach Deutschland gekommenen Italiener auf bis jetzt schon **mehr als 20 000** angiebt. Wie hoch sich aber auch die Zahl derselben belaufen mag: bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in Deutschland auch noch einen Massenzuzug von Arbeitskräften — ganz gleichgültig woher — zu inscenieren, ist einfach frevelhaft.

Die Auswanderungs-Agenten schicken, wie das Bureau Laffon aus Antwerpen meldet, um die amerikanischen Einwanderungs-Kommissare zu hintergehen, Tausende von völlig mittellosen Amerika-Auswanderern nach Kanada, mit der Versicherung, sie könnten von dort aus die amerikanische Grenze unter Vermeidung der Kontrolle überschreiten. Die Agenten wenden überhaupt alle möglichen Kniffe an, um die amerikanischen Einwanderungsgesetze zu umgehen, und es soll ihnen in der letzten Zeit gelungen sein, Tausende von Auswanderern, die aller Wahrscheinlichkeit nach der amerikanischen Armenpflege zur Last fallen werden, über Kanada in die Vereinigten Staaten einzuschmuggeln. Der griechische Konsul in Antwerpen soll, wie verlautet, kürzlich 150 mittellose Griechen, deren Beförderung die Red Star Linie ablehnte, nach Amerika geschickt haben, und zwar ebenfalls über Kanada.

Versammlungen.

Die arbeitslosen Holzarbeiter hatten sich, einer Einladung der Verbandsleitung folgend, am Mittwochvormittag in sehr starker Zahl zu einer Versammlung eingefunden, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz füllte. Es handelte sich darum, den Arbeitslosen vor Augen zu führen, daß die Unternehmer mit der Einführung des Arbeitsnachweises Absichten verfolgen, welche die Interessen der Arbeiter in hohem Maße schädigen. Der Referent Maß schilderte die Bestrebungen der Unternehmer und führte aus, daß die Einführung des obligatorischen Arbeitsnachweises und des Entlassungsscheines keinen andern Zweck hat, als den, die Arbeiter unter ständiger Kontrolle zu halten, und die „mißliebigen Elemente" aus den Werkstätten auszuschließen, um sie dem Hunger preiszugeben. Dieser Arbeitsnachweis dient nicht dem Wohl der Arbeiter, sondern er schädigt sie in ihren Interessen und muß deshalb streng gemieden werden. — Dem Referat folgte eine rege Diskussion, in der darauf hingewiesen wurde, daß die Behandlung, welche den Arbeitern zu teil wird, die den Nachweis besuchen, eine durchaus unwürdige ist. Ganz besonders muß sich jeder anständige Arbeiter dadurch verletzt fühlen, daß er als Besucher des Arbeitsnachweises gewissermaßen unter polizeilicher Kontrolle steht, da das Lokal des Nachweises auf Veranlassung der Unternehmer von zahlreichen Schutzleuten bewacht wird. Weiter wurde bemerkt, daß der Gesellen-Ausschuß wegen der zwangsweisen Einführung des Arbeitsnachweises Beschwerde bei der Behörde eingelegt hat, und die den Arbeitgebern gestellte Frist zur Beantwortung der Beschwerde in nächster Zeit abläuft, so daß also die Entscheidung über die Beschwerde demnächst gefällt werden muß. — Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die versammelten arbeitslosen Holzarbeiter erklären, den Arbeitsnachweis der Tischlerinnung nicht zu benutzen bis der Vorstand der Innung mit den Vertretern der Arbeiter über Einrichtung und Führung des Arbeitsnachweises unterhandelt. Die Arbeitslosen halten es für unwürdig, sich jeden Tag durch eine Postenkette von uniformierten und nichtuniformierten Polizeibeamten zu bewegen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mobilmachung in Belgien?

Brüssel, 9. April. (B. H.) Infolge der gestrigen und heutigen Kundgebungen der Socialisten sind die **zwei letzten Klassen der Miliztruppen einberufen worden.**

Grubenarbeiter-Ausstand.

Brüssel, 9. April. (W. T. B.) Etwa 2500 Grubenarbeiter aus dem „Bassin du Centre", namentlich in La Louvière, Boussu und Maurage, sind gegenwärtig im Ausstand.

Friedensschalmeien.

Amsterdam, 9. April. (B. H.) Hier eingelaufenen Börsennachrichten zufolge sind die Friedensverhandlungen in Südafrika ihrem Abschluß nahe und lassen das Ende des Krieges innerhalb weniger Tage mit Sicherheit erwarten. (?)

Explosion in Sheffield.

Sheffield, 9. April. (W. T. B.) In einer hiesigen Gießerei erfolgte beim Einlaufen von 14 Tonnen geschmolzenen Metalls in die Grube eine Explosion. Dreißig Arbeiter wurden von dem flüssigen Metall betroffen und erlitten schwere Brandwunden. An dem Aufkommen einiger derselben wird gezweifelt.

Arbeitseinstellung.

Budapest, 9. April. (W. T. B.) In Hodmezö-Vasarhely im Csongrader Komitat haben gegen **1000 Arbeiter** einer im Bau begriffenen Lokalbahn, sowie mehrere hundert Zimmerleute und Maurergehilfen die Arbeit eingestellt und fordern Lohnerhöhung.

Mährisch-Ostrau, 9. April. (W. T. B.) Heute früh 4 Uhr fand im Wetterschachte des Friedrichschachtes ein Wasserdurchbruch statt. Das Wasser steht 240 Meter hoch; drei Bergleute sind umgekommen.

Lüttich, 9. April. (W. T. B.) Ein Trupp von 1500 Personen begab sich heute zum Empfang der socialistischen Deputierten zum Bahnhof und zog dann nach einem Arbeiterlokal. Die Polizei zog blank und zerstreute die Menge; hierbei wurden 4 Personen verwundet.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 83. 19. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 10. April 1902.

Partei-Nachrichten.

Genosse Anton Bredenbeck hat am Montag abermals das Gefängnis in Herford bezogen, um zunächst jene drei Monate zu verbüßen, die ihm vom Dortmunder Landgericht I am 1. Oktober v. J. wegen Polizeibeleidigung zudiktiert wurden. Es handelte sich um jenen Prozeß, in dem Bredenbeck verurteilt wurde, obwohl er die Verantwortung für den betreffenden Artikel ausdrücklich abgelehnt, gegen die Aufnahme des Artikels protestiert hatte und nur durch ein Versehen des Metteurs für die Nummer formell verantwortlich gemacht worden war. Genosse Haenisch hatte sich als der eigentlich „Schuldige" bekannt. Ein Antrag Bredenbecks, seine Strafe in einem andern als dem Herforder Gefängnis abbüßen zu dürfen, ist von der Dortmunder Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Bredenbeck hatte diesen Antrag gestellt, da er — wie unsre Leser wissen — während seiner letzten Haft in Herford die Härten des Gefängnisdaseins ganz besonders hatte fühlen müssen; eigne Lektüre, Selbstbeschäftigung, Selbstbeköstigung ꝛc. waren ihm in Herford versagt worden, während er früher in Münster wenigstens einige Erleichterungen gehabt hatte.

Die Schulfrage auf dem holländischen Parteitage.

Für unsre holländischen Parteigenossen ist die Schulfrage gegenwärtig von großer Wichtigkeit und aus diesem Grunde nahm sie einen großen Teil der Zeit des Oster-Parteitages in Anspruch. Es geht uns darüber aus holländischen Parteikreisen noch ein vortrefflich orientierender Artikel zu, der das Verständnis für die Frage und die Beschlußfassung des Parteitages wesentlich fördert. Unser Berichterstatter schreibt:

Die schwierigste Frage, welche der Parteitag zu lösen hatte, war die Schulfrage. Unter der neuen klerikalen Regierung drängte sich der Arbeiterpartei die Notwendigkeit auf, angesichts der klerikalen Forderungen sich Klarheit zu schaffen. Das Band, welches sämtliche klerikalen Parteien umschlingt und zusammenhält, ist die Schulfrage; daher wurde die von aktueller Bedeutung.

Im Jahre 1878 hat der Liberalismus jede staatliche Unterstützung der kirchlichen Schulen gesetzlich verboten, dagegen die Verpflichtung des Staates anerkannt, überall weltliche Schulen zu errichten. Verboten wurde die kirchliche Schule nicht; nur mußten die Eltern, welche diese für ihre Kinder wünschten, selbst deren Kosten zahlen, während auch aus ihrem Steuergeld die Kosten der weltlichen Schule gedeckt wurden.

Dieser Zustand ist das mächtigste politische Agitationsmittel der Antirevolutionären (Kalvinisten) gewesen. Während die Liberalen ihnen immer vorwarfen, durch ihren schlechteren Unterricht, die Abhängigkeit ihrer Lehrer usw. die Aufklärung des Volkes zu hemmen, beschuldigten sie den Liberalismus wegen seiner Unterdrückung der Gewissensfreiheit, indem er sie Steuern entrichten ließ für eine Schule, welche ihnen ein Werkzeug Beelzebubs selbst schien.

Aller Orten errichteten sie Schulvereine, der Handwerker sowie der Bauer und der Junker spendeten ihre Opfer, Religionsfanatismus und ökonomische Abhängigkeit gesellten sich dem aufrichtigen Glauben bei, und die Schulfrage wurde der Resonanzboden für die klerikale Politik.

Im Jahre 1878 hatten 300 000 Protestanten und 164 000 Katholiken eine Volkspetition gegen den Schulgesetzentwurf unterzeichnet; die Agitation wurde festgesetzt: 1879 hatte die weltliche Schule 2750 Schulen und 402 604 Kinder, die kirchliche Schule 1102 Schulen und 128 306 Kinder; 1889 hatte erstere 2946 Schulen und 453 083 Kinder, letztere 1244 Schulen und 104 576 Kinder.

Im Jahre 1887 waren endlich die verbündeten Katholiken und Antirevolutionären zur Herrschaft gelangt; ihre erste That war ein Subventionsgesetz für die kirchliche Schule (1889), ohne daß an dem System der weltlichen Staatsschule gerüttelt wurde. Theoretisch befürworten freilich die Antirevolutionären das System der „freien Schule", wobei die Bürger eine absonderliche Schulsteuer entrichten und die Gemeinde ihnen dafür eine Schule liefern muß, deren Charakter, Einrichtung usw. sie selbst bestimmen, während ihnen auch die Ernennung der Lehrer und die Aufsicht zusteht. Der Staat dürfe nur dann selbst zur Errichtung von Schulen schreiten, wenn die Eltern diese Pflicht vernachlässigen. Praktisch aber sind die Katholiken für diese Forderung nur mäßig begeistert, und weil die Antirevolutionären niemals allein die Mehrheit im Parlamente erobern könnten, begnügen sie sich sozusagen mit dem unlauteren Wettbewerbe: sie streben die gleiche Subvention, welche die weltliche Schule erhält, für ihre kirchlichen Schulen an, ohne daß sie genügende Garantien für guten Unterricht geben wollen, und gebrauchen ihre ökonomische Macht und die klerikale Demagogie, um die Kinder aus der weltlichen in die kirchliche Schule zu bringen.

Im Jahre 1901 hat die liberale Regierung aus eignem Antrieb einen zweiten Schritt in dieser Richtung gethan: die Subvention für die kirchliche Schule ist in diesem Jahre erhöht worden. Indessen hatte 1899 die kirchliche Schule es zu 1448 Schulen und 226 057 Kindern gebracht, die weltliche zu 3096 Schulen und 503 731 Kindern. Die Subvention für die kirchlichen Schulen betrug 1890 1 126 000 Fl. (rund 1 888 000 M.), während für die weltliche Schule 16 642 000 Fl. (rund 27 750 000 M.) bezahlt wurden.

Der Liberalismus hat sich allmählich in dem Zweikampf mit dem Klerikalismus um die Schule verloren gegeben; die Socialdemokratie mußte jetzt bestimmen, wie sie als junge Partei in dieser alten Frage Stellung nehmen sollte. Die Genossen waren unter sich nicht einig. Eine Richtung, an deren Spitze der socialdemokratische Lehrerverein und einige Theoretiker der Partei standen, wollte den kirchlichen Unterricht gänzlich verbieten, und die obligatorische weltliche Schule als unsre Forderung aufstellen. Die andre Richtung, durch die Politiker der Partei, insbesondre durch Troelstra vertreten, wollte den alten Kulturkampf nicht aufs neue anzünden, und der kirchlichen Schule die völlige Subvention zugestehen, aber nur unter der Bedingung, daß auch der Unterricht in dieser Schule wesentlich dem Unterricht der weltlichen Schule gleich steht.

Nachdem innerhalb der Partei die Frage monatelang unter allseitiger Teilnahme erörtert worden ist und der Parteitag selbst sich eingehend mit ihr beschäftigt hat, fanden die zwei Richtungen ihren Ausdruck in zwei entsprechenden Resolutionen.

Für die angenommene Resolution, die wir schon mitgeteilt haben, wurden 72 Stimmen abgegeben, die abgelehnte erhielt 33 Stimmen.

Die praktische Bedeutung beider Resolutionen ist Verweigerung weiterer Subventionierung der kirchlichen Schule, denn einer Regierung, welche zur Hälfte aus der katholischen Partei hervorgegangen ist, wird es nie einfallen, guten Volksunterricht zu garantieren. Die Lösung der Frage hat in der ganzen Partei Befriedigung hervorgerufen; von jetzt an geht es mit immer kräftigerer Agitation los auf das allgemeine Wahlrecht!

Politisches, Gerichtliches usw.

Die verbotene „wichtige" Versammlung. Es erregte vor einigen Wochen allgemeines Aufsehen, als bekannt wurde, daß der Amtsvorsteher zu Westerhüsen bei Magdeburg eine Versammlung wegen ihrer „Wichtigkeit" verboten hatte. Auf eine zum 26. Februar in dem genannten Orte geplante und rechtzeitig angemeldete öffentliche Gemeindewähler-Versammlung der 3. Abteilung hatte die Magdeburger „Volksstimme" wegen ihrer „Wichtigkeit" hingewiesen. Darauf inhibierte der Amtsvorsteher, der vorher anstandslos eine Bescheinigung über die Anmeldung der Versammlung ausgestellt hatte, diese etwa eine Stunde vor dem angesetzten Beginn. In dem diesbezüglichen Schreiben heißt es:

„Nach dieser Bekanntmachung kann ich die Versammlung nur als eine öffentliche Volksversammlung betrachten. Da Sie mir mithin bei der Anmeldung falsche Angaben gemacht haben, verbiete ich die Abhaltung der **angemeldeten** Versammlung."

Natürlich wollte sich der Einberufer der Versammlung diese ungesetzliche Behandlung nicht gefallen lassen und wandte sich an den Landrat. Dieser muß sich offenbar in seiner Verlegenheit mit unsrem Sonntagsplauderer Joc. in Verbindung gesetzt haben, denn er sandte dem Beschwerdeführer folgenden verblüffenden Schreibebrief:

Landrat des Kreises Wanzleben.

Wanzleben, den 28. März 1902.

J.-Nr. 1888.

Auf die Beschwerde vom 28. v. Mts. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß ich **keine Veranlassung** finde, den dortigen Herrn Amtsvorsteher mit einer Ihrem Antrage entsprechenden Weisung zu versehen.

Sie hatten unterm 24. v. M. ausdrücklich eine (öffentliche) Versammlung der Gemeindevertreter-Wähler der 3. Klasse angemeldet und darüber die vorgeschriebene Bescheinigung erhalten. Nicht gegen diese Versammlung war das Verbot des Herrn Amtsvorstehers vom 26. v. M. gerichtet, sondern **gegen das Stattfinden einer öffentlichen, in der 1. Beilage zur „Volksstimme"** Nr. 48 vom 23. v. M. bekannt gegebenen — **wichtigen Versammlung —, von der nicht gesagt war, daß es eine solche der Gemeindevertreter-Wähler der 3. Klasse sein sollte** und bezüglich deren eine **rechtzeitige Anmeldung nicht vorlag.**

Uebrigens hätten Sie, wenn es Ihnen darum zu thun war, lediglich die angemeldete Versammlung stattfinden zu lassen, dies der Polizeibehörde auseinanderzusetzen wohl noch Gelegenheit gehabt.

Der Landrat. v. Mikusch.

Wir haben uns zunächst die Augen gerieben und die Namensunterschrift noch einmal gelesen. Aber sie heißt wirklich Mikusch; es handelt sich nicht um einen guten Witz, sondern um die schlichte, landrätliche Zurückweisung eines aufdringlichen Besserwissers. Nur schade, daß der Herr Amtsvorsteher ausdrücklich „die Abhaltung der **angemeldeten** Versammlung" (!) verbot. Bei der Hartnäckigkeit dieser unverbesserlich auf das Gesetz pochenden socialistischen Versammlungs-Einberufer wird sicher auch noch der Herr Regierungspräsident mit der Sache belästigt werden. Wird er dem Amtsvorsteher oder dem Landrat Recht geben?

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Reichstags-Abgeordneter Bebel wird heute Donnerstag in einer bei Lips am Friedrichshain stattfindenden Volksversammlung über „Die politische und ökonomische Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert" einen Vortrag halten. Um zahlreichen Besuch bitten Die Vertrauensleute des 5. Wahlkreises.

Steglitz. Heute abend 8½ Uhr findet bei Schellhase, Ahornstraße 15a eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Obst-Schöneberg über „Die socialen Zustände der Gegenwart".

Britz. Morgen, Freitag, hält der hiesige Wahlverein seine Generalversammlung bei Barkentin, Bürgerstr. 4 ab. — Gäste haben Zutritt.

Alt-Glienicke. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung bei Saß ab. Tagesordnung: Kassenbericht. — Bericht des Vorstandes: Stellungnahme zur Gemeindevertreter-Wahl. — Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Lokales.

Wirkungen des Notstandes, den wir in den letzten Jahren in Berlin gehabt haben und noch haben, sind auch in der städtischen Waisenpflege hervorgetreten. In die städtische Waisenpflege wurden im Laufe des Etatsjahres 1900/01 3059 Kinder neu aufgenommen, darunter aber nur 433 wegen Todes der Eltern. Bei den übrigen 2626 lagen andre Gründe vor. Beispielsweise mußten 688 Kinder lediglich deshalb der städtischen Waisenpflege überwiesen werden, weil die Eltern zu arm waren, ferner 640 deshalb, weil sie von den Eltern verlassen worden waren, weiter 490 wegen Krankheit der Eltern usw. usw. Gegen das Etatsjahr 1899/00 ist die Zahl der Neuaufnahmen im ganzen um 662 gestiegen, d. h. um rund 28 Proz. der Zahl von 1899/00. Bei den Aufnahmen wegen Armut der Eltern beträgt das Mehr allein 201 (41 Proz.). Die Zahl der von den Eltern verlassenen und deshalb von der Waisenverwaltung übernommenen Kinder stieg sogar um 215 (d. h. um volle 50 Proz.). Man wird nicht fehl gehen, wenn man hierin eine Wirkung der wirtschaftlichen Notlage erblickt, von der die ärmere Bevölkerung Berlins seit einigen Jahren wieder stärker als sonst bedrückt wird. Im Etatsjahr 1900/1901 scheint namentlich die Wohnungsnot, die im Herbst 1900 in vollem Umfang zu Tage trat, ihren Einfluß auf die Waisenpflege ausgeübt zu haben. Es ist in dieser Hinsicht bemerkenswert, daß die Fälle, in denen aus einer Familie gleich mehrere Kinder der Waisenpflege anheimfielen, sich besonders stark vermehrt haben. Es nahm zu: die Zahl der Kinder, die einzeln überwiesen wurden, von 1503 auf 1586 (um nur 6 Proz.) — der Kinder, die zu zweien kamen, von 362 auf 540 (um 49 Proz.) — derjenigen, die zu dreien kamen, von 276 auf 441 (um 60 Proz.) — derjenigen, die zu vieren, fünfen oder in noch größerer Anzahl kamen, von 256 auf 492 (um 92 Proz.). Auch früher hat man in Berlin in Zeiten der Wohnungsnot oder der Arbeitslosigkeit die Beobachtung gemacht, daß die Zahl der der Waisenpflege anheimfallenden Kinder plötzlich stark in die Höhe ging. — Die Verpflichtung der Stadtgemeinde, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und dem Wohnungsmangel abzuhelfen, wird bekanntlich von freisinniger Seite bestritten. Die einzige Hilfe, zu der sich diese „Volksfremde" allenfalls herbeilassen wollen, besteht in „etwas mehr Armen- und Waisenpflege". Ein solcher Notbehelf ist billiger und verhütet vor allem auch die Aufrichtung des „socialistischen Zukunftsstaates", den die Stadt Berlin nach der wiederholten Versicherung freisinniger Stadtväter unweigerlich herbeiführen würde, wenn sie sich dazu verleiten ließe, durch Veranstaltung von Notstandsarbeiten oder Erbauung von Gemeinde-Wohnhäusern mitzuarbeiten an der Lösung der socialen Aufgaben moderner Kommunen.

Die Polizei hat den Arbeitslosen wieder ein besonderes Interesse bewiesen. Sie erschien bei der Versammlung der arbeitslosen Holzarbeiter, die am Mittwoch im Gewerkschaftshause abgehalten wurde, in sehr starker Zahl auf dem Plan, ähnlich, wie es schon vor einigen Wochen aus der gleichen Veranlassung geschehen war. „Reitende" waren diesmal nicht aufgeboten, die Beamten hielten sich auch in einiger Entfernung von dem vermuteten Schauplatz ihrer vermutlichen Thätigkeit. Nur ein zwei Mann starker Posten war bis an den Eingang des Gewerkschaftshauses vorgeschoben. Die Hauptmacht der Polizei war auf dem Michaelkirch-Platz und dem Kaiser Franz Grenadier-Platz aufgestellt. Zahlreiche Schutzleute erregten durch ihre Anwesenheit die Neugier der Anwohner und Passanten der genannten Plätze, und nicht weniger als drei Polizeilieutenants promenierten auf dem Michaelkirch-Platz, von wo sie ihre Aufmerksamkeit dem nahegelegenen Gewerkschaftshause zuwandten. Zu thun gab es für die zahlreichen Beamten auch nicht das geringste. Was mag sich wohl der Beamte, der die Entfaltung der Polizeimacht angeordnet hat, eigentlich unter einer Versammlung arbeitsloser Holzarbeiter vorstellen?

Die Milchhändler gegen die Marktmilch. Ueber tausend Milchhändler Berlins und der Vororte waren Mittwoch in den Germaniasälen in der Chausseestraße versammelt, um zu der am 1. d. M. in Kraft getretenen Polizeiverordnung über den Milchverkauf Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Milchhändlerverbandes Stadtv. Lulay-Schöneberg wies darauf hin, daß die Verordnung wohl für den Milchhandel viele Scherereien, dem Milchringe aber infolge der ablehnenden Haltung des kaufenden Publikums gegenüber der neueingeführten „Marktmilch" nicht die erhofften Vorteile gebracht habe. Die Centrale hätte auf einen Mehrverkauf von 50—75 000 Liter gerechnet, in Wirklichkeit habe sich jedoch der Absatz vermindert. Der Polizeibehörde beginne vor ihrem eignen Produkt bange zu werden. Der Wortlaut der Verordnung stehe mit dem Inhalt der Erklärungen des Polizeipräsidiums in Widerspruch. Der Handel mit Vollmilch, zu dessen Freigabe man sich notgedrungen verstehen mußte, werde in der Verordnung mit keinem Wort erwähnt. Wie wenig das Publikum von der „Marktmilch" wissen wolle, beweise der Umstand, daß die auf den Gefäßen der Milchcentrale seit dem 1. April prangende Inschrift „Marktmilch" jetzt überpinselt und in „Vollmilch" umgewandelt werde. Der Berliner Milchhändlerstand müsse der Parole „Nur Vollmilch!" getreu bleiben. Milch-Chemiker Dr. Reich wies nach, daß die Angaben der behördlichen Erklärungen über die Zahl der Milchfälschungen mit den Berichten der Marktpolizei nicht in Einklang zu bringen seien. Die mit dem heutigen Tage eingeführten Plakate: „Trotz der neuen Polizeiverordnung verkaufe ich nach wie vor reine Vollmilch", werden ihre Wirkung nicht verfehlen. Vereinssyndikus Rechtsanwalt Dr. Flatau betonte, daß die Polizeiverordnung, trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens, für die agrarischen Drahtzieher hinter den Coulissen einen gründlichen Mißerfolg bedeute. Auch die Schnelligkeit, mit der die Behörde den Agrariern zu Liebe gearbeitet habe, sei vergeblich gewesen. An dem Willen der aufgeklärten Bevölkerung seien alle Machenschaften gescheitert. Eine interessante Enthüllung brachte die Erklärung des Milchhändlers Hennig, welcher persönlich das Polizeipräsidium um Auskunft über die Zulassung der Vollmilch ersucht hatte. Während sich die Polizei in ihren Erklärungen ausdrücklich dagegen verwahrt, die Verordnung den Produzenten zuliebe erlassen zu haben, soll — wie der Redner mitteilte — Geh. Ober-Regierungsrat v. Friedheim ausdrücklich erklärt haben: „Die Milchhändler könnten dem Produzenten nicht die Preise für Vollmilch zahlen, die er haben müsse, deshalb solle ihnen wenigstens gestattet sein, die Milch zu verschneiden." (Hört! hört!) Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die heute in den Germaniasälen versammelten Milchhändler von Berlin und den Vororten lehnen es ausdrücklich ab, durch den Vertrieb der neuen Marktmilch sich an der von dem agrarischen Milchring ausgehenden Verschlechterung der städtischen Milchversorgung und der damit verbundenen Herabdrückung der städtischen Gesundheitsverhältnisse zu beteiligen. Sie verpflichten sich nach wie vor im Interesse der Milchkonsumenten, den Verkehr mit natürlicher Vollmilch aufrechtzuerhalten und zugleich jede Preiserhöhung zu verhindern; die Versammlung ist der Meinung, daß dieser Beschluß die beste Antwort ist, welche die Milchhändler auf die jüngsten offiziösen Erklärungen geben können und sie giebt sich der Hoffnung hin, daß die Bürgerschaft hieraus erkennen wird, wie wenig jene Veröffentlichung mit den Thatsachen im Einklang steht."

Zur Verhütung von Straßenbahn-Unfällen ist das bekannte Plakat mit der durch bildliche Darstellungen erläuterten Warnung „Während der Fahrt nicht absteigen!" usw., das bisher nur in den Wagen der Straßenbahn angebracht war, jetzt auch in den Fluren der höheren Schulen ausgehängt worden.

Die Meldung über die drohende Hundesperre soll sich bestätigen. Ob die Maßregel thatsächlich zur Durchführung kommen wird, hängt von einer amtlichen Untersuchung ab, welche durch die Angaben von Personen, die gesehen haben wollen, daß der dem Artisten Setz gehörig gewesene, später an der Tollwut gestorbene Hund mit andren Tieren auf der Straße in Berührung gekommen, veranlaßt worden ist. Voraussichtlich dürfte die Verfügung der Hundesperre spätestens Ende dieser Woche erlassen werden. Die Behauptung, daß mehrere Hunde in Berlin an der Tollwut erkrankt seien, ist unzutreffend. Es sind nur drei Hunde aus Anlaß des oben erwähnten Erkrankungsfalles in Quarantäne genommen worden. Es sind dies ein zweites dem Artisten Setz gehöriges und zwei andren Mietern des von ihm bewohnten Hauses gehörige Tiere. Die Hunde wurden sofort, nachdem der angeblich an der Tollwut erkrankte Hund gestorben, nach der Tollwut-Untersuchungsstation gebracht und, nachdem eine fünftägige Beobachtung dortselbst Verdachtsmomente nicht ergeben, zum Zweck einer dreimonatlichen Quarantäne, die durch die Bestimmungen des Seuchengesetzes vorgeschrieben ist, nach der städtischen Abdeckerei in der Müllerstraße geschafft.

Vom Zoologischen Garten. Eine Generalversammlung der Aktionäre des Zoologischen Gartens wird am Sonnabendnachmittag über den Bau der geplanten Ausstellungshalle entscheiden. Gestern besprach eine Anzahl von Aktionären in einer Vorversammlung den Plan. Dr. Wachsmann bezeichnete die Vorlage als nur unvollständig durchgearbeitet, Rentier Nathan und Geh. Rechnungsrat Schubert zogen die Rentabilität der Halle in Zweifel, während Herr Gelpcke für den Plan eintrat. Es wurde der Antrag des Dr. Wachsmann angenommen, die Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge auszusetzen und zuerst durch eine in der Generalversammlung zu wählende Vertrauenskommission in Gemeinschaft mit der Verwaltung die zum Abschluß des inneren Ausbaues des Gartens noch erforderlichen Neuanlagen und Geldmittel festzustellen und die Frage der „finanziellen Verwertung des eventuellen Hallenbaues zu prüfen". — Der Aufsichtsrat und Vorstand des Aktienvereins des Zoologischen Gartens wird in der Generalversammlung beantragen, der von ihnen vorgeschlagenen Aenderung des § 8 der Statuten bezüglich der geplanten Ausstellungshalle folgende Fassung zu geben: In Bezug auf die an der Hardenbergstraße zu errichtende große Halle, deren Zugänge und deren nächste Umgebung in einer Tiefe von 62 Metern von der Hardenbergstraße und von 168 Metern von der Joachimsthalerstraße aus gerechnet, gilt das Recht auf freien Eintritt nur für diejenigen Veranstaltungen, welche vom Aktienverein des Zoologischen Gartens allein ausgehen.

Mit dem Tode gebüßt hat ein junger Mann, der Sohn des Schlächtermeisters Siebert in Reinickendorf, eine Unsitte, die vielfach noch bei Schlächtergesellen angetroffen wird. Der Betreffende, welcher im Betriebe seines Vaters thätig war, hatte geschäftlich in Berlin zu thun und war auf einem Fahrrad nach hier gekommen. Als er nach Erledigung seiner Angelegenheiten wieder nach Hause radelte, hatte der junge Mann das Unglück, mit seiner Maschine zu stürzen. Der Unfall wäre nicht so schlimm gewesen, wenn nicht ein verhängnisvoller Umstand tragisch mitgewirkt hätte. Nach Schlächterart trug nämlich der junge Siebert ein Schlächtermesser lose in der Brusttasche seines Rocks. Beim Sturze drang ihm nun dieses Messer in die Brust und verletzte ihn derart schwer, daß er bald darauf infolge der erlittenen Verwundung gestorben ist.

Ein Familiendrama. Durch einen Sturz aus dem Fenster versuchte sich in der vergangenen Nacht um 3 Uhr die 28 Jahre alte Schuhmacherfrau Helene Drewinanka aus der Boßstraße 2 das

Leben zu nehmen. Ihr Mann war eifersüchtig auf einen Bekannten, der früher bei ihm verkehrt hatte, und quälte und mißhandelte sie, obwohl sie jede Schuld bestritt, unausgesetzt. Die Frau, die einem Familienzuwachs entgegensieht und in der letzten Nacht wieder Schläge von ihrem Manne bekommen hatte, sprang aus dem zweiten Stock zum Fenster hinaus und verletzte sich so schwer, daß ein Schutzmann sie mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus bringen mußte.

Ein abgefeimter Schwindler muß der falsche Eisenbahnassistent sein, der, wie schon mitgeteilt wurde, verschiedene Geschäftsleute, die in Beamtenzeitungen inserierten, schädigte. Bei einem hiesigen Uhrmacher bestellte er eine wertvolle goldene Uhr, die an den Eisenbahnassistenten Schmidt in Kottbus gesandt werden sollte. Der Geschäftsmann schickte die Uhr als eingeschriebene Wertsendung ab. Der Empfänger aber ließ nichts mehr von sich hören, von Bezahlen war keine Rede. Ein Auskunftsbureau, an das der Uhrmacher sich nun wandte, ermittelte, daß es einen Eisenbahnassistenten Schmidt in Kottbus gar nicht gab. Die Post wies nach, daß sie dennoch die Sendung richtig bestellt hatte. Das ging so zu. Bei der Post in Kottbus hatte ein junger Mann unter dem Namen Eisenbahnassistent Schmidt die Mitteilung hinterlegt, daß er nach Berlin, Swinemünderstr. 1, verzogen sei, und gebeten, ihm dorthin alles nachzusenden. Nun war Schmidt rasch nach Berlin gefahren und hatte in der Swinemünderstr. 1 ein Zimmer gemietet. Als die Uhr in Kottbus ankam, ging sie ohne Zeitverlust nach Berlin zurück. „Schmidt“ erhielt sie bald und ließ sich dann in seinem Zimmer nicht mehr sehen. Er war „unbekannt verzogen“.

Wegen Unterschlagung ist der Expedient Wolfsheim aus der Filiale des „Lokal-Anzeigers“ in der Naunynstraße verhaftet worden. Wolfsheim that sich gern in unziemlicher Behandlung der Zeitungsboten hervor und mehrfach ist in Versammlungen über ihn Klage geführt worden.

In eine unangenehme Gesellschaft geriet kürzlich der 52 Jahre alte Schlosser Eduard Schubert aus der Brunnenstr. 125. Er erhob auf der Sparkasse von seinem 1900 M. betragenden Guthaben 300 M., steckte Geld und Buch in die Tasche und machte zunächst eine kleine Bierreise, von der er spät abends in einer Gastwirtschaft in der Wöhlertstraße landete. Hier gesellten sich zwei unbekannte Männer zu ihm, von denen einer sich zuvorkommend erbot, ihn nach seiner Wohnung zu begleiten. Als die beiden nächtlichen Wanderer die Eisenbahnunterführung der Stettiner Bahn erreicht hatten, um nach dem Gartenplatz zu zu gehen, verschwand der freundliche Begleiter des Schlossers und statt seiner erschienen drei Wegelagerer, welche ihn seiner Barschaft von 290 Mark und des Sparkassenbuches beraubten. Am andern Tage ging der Beraubte auf die Sparkasse, um seinen Verlust anzuzeigen. Eine Anzeige bei der Polizei unterließ er, in der Meinung, daß die Sparkasse das besorge. So wäre der Straßenraub vergessen worden, wenn nicht zufällig bei der Festnahme von Einbrechern auf ihn die Rede gekommen wäre. Die Kriminalpolizei, die von dem nächtlichen Ueberfall noch keine Kenntnis hatte, forschte weiter nach, ermittelte die Wirtsleute in der Wöhlertstraße und den Beraubten, und es ergab sich, daß sie in der Person eines Gewaltmenschen Namens Adolf Schulze den Räuber gefangen hatte. Der Festgenommene wurde gestern dem Untersuchungsrichter zugeführt.

In ernstliche Lebensgefahr geriet gestern abend gegen 1/29 Uhr die Witwe Zeiler, welche in der Gerichtstr. 46 eine Kellerwohnung inne hat. Die Frau hat seit 1 1/2 Jahren den früheren Schlächtermeister Wilhelm Stelzer bei sich in Schlafstelle, der seinem eigentlichen Beruf nicht mehr nachgeht, sondern sich durch Gelegenheitsarbeiten seinen Unterhalt verdient. Er ist sehr dem Trunke ergeben, der ihn, den jetzt 59jährigen, auch um alles Besitztum gebracht hat. Zu Zeiten, in denen er seiner Leidenschaft nicht fröhnt, wird er als fleißiger, brauchbarer Arbeiter geschildert. Fast alle vier Wochen jedoch konnte er sich nicht mehr halten und dann trank er so lange, bis ein Tobsuchtsanfall ihm Halt gebot. Anlaß dazu gab für gewöhnlich die mit Entrüstung zurückgewiesene Behauptung, das von ihm für den Genuß der Spirituosen verbrauchte Geld habe ihm seine Wirtin gestohlen. So auch gestern abend. Stelzer hatte im Laufe des Nachmittags 9 M. in Getränken angelegt und sprang nun, als die Wirtin den Diebstahl des dadurch fehlenden Geldes nicht zugeben wollte, auf sie zu und packte die sich heftig Wehrende an der Kehle, die er langsam zudrückte. Das Schreien der Frau rief Nachbarn herbei, die den Wüterich von seinem Opfer losrissen und die Witwe in Sicherheit brachten. Der Anblick so vieler Menschen brachte Stelzer wieder etwas zur Besinnung, er verließ die Wohnung und tobte und lärmte nun auf den Treppen und dem Hausflur, bis der Hauswirt zur Polizei sandte. Diese veranlaßte nach Aufnahme des Thatbestandes die Verhaftung des Stelzer.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann. Eine aufregende Straßenscene gab es gestern nachmittag am Oranienburger Thor. Die scheu gewordenen Pferde eines führerlosen Speditionswagens, die von der Invalidenstraße aus durchgegangen waren, rasten die Hannoversche Straße entlang, und die Versuche verschiedener Passanten, die wilden Tiere zum Stehen zu bringen, erwiesen sich als vergeblich. So jagten die Tiere dem Oranienburger Thor zu und eine verhängnisvolle Katastrophe erschien hier unvermeidlich, da bei dem hier herrschenden ungewöhnlich starken Omnibus- und Straßenbahnverkehr ein folgenschwerer Zusammenstoß wohl kaum hätte verhindert werden können. Der Droschkenkutscher Wolter, der, als der kleinste Kutscher Berlins bekannt, seinen Standplatz am Oranienburger Thor inne hat, erkannte die gefährliche Situation und schwang sich mit einem Satz auf den dahinsausenden Speditionswagen. Auf die Deichsel tretend gelang es ihm, die Zügel der scheuen Pferde zu ergreifen und unter Aufwendung seiner ganzen Kraft die Durchgänger zurückzureißen, sodaß das Gefährt unmittelbar an der Kreuzung des Oranienburger Thores zum Stehen kam. Die That des braven Droschkenkutschers wurde aus dem Publikum mit lautem „Hurra“ begrüßt.

Gram über den Tod ihrer Freundin hat die 15 1/2 Jahre alte Arbeiterin Martha Grafenstein, die bei ihrer Mutter in der Georgenkirchstraße 37a wohnte, zum Selbstmord veranlaßt. Das Mädchen besaß in einer jungen Hausgenossin, mit der es zusammen die Schule besucht hatte und konfirmiert worden war, eine Freundin, an der es mit aller Zuneigung hing. Diese Freundin starb zu Anfang dieses Jahres. Martha Grafenstein war über den Verlust untröstlich. Wiederholt klagte sie ihrer Mutter, daß sie nun keine Freude mehr am Leben habe. Anfangs vorigen Monats verließ sie ihre Arbeitsstelle, eine Putzfedernfabrik, und kehrte auch nach Hause nicht mehr zurück. Alle Nachforschungen nach ihrem Verbleib hatten keinen Erfolg. Am Montagnachmittag landete man die Unglückliche als Leiche aus dem Urbanhafen. Der Schmerz über den Verlust der Freundin hatte sie ins Wasser getrieben.

Die Meldung „Mittelfeuer“ vom Deutschen Theater, Schumannstraße, lief gestern abend 8 Uhr bei der Feuerwehr ein und verursachte die Alarmierung von sieben Löschzügen. Es handelte sich aber lediglich um Kurzschluß in der elektrischen Leitung im Maschinenhause. Der dadurch entstandene Brand konnte leicht abgelöscht werden. Obgleich die Theatervorstellung schon begonnen hatte, bemerkte doch das Publikum von dem Vorgange nichts. —

Feuerbericht. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Koppenstr. 87 gerufen, wo in einem Keller Feuer ausgekommen war. Es gelang jedoch, die Flammen in kurzer Zeit zu unterdrücken. In der Katharinenstr. 9 mußte Dienstagabend gegen 6 Uhr ein Brand abgelöscht werden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Kurz vorher waren in der Großen Frankfurterstraße 86 in der Trockenkammer einer Tischlerei Nutzhölzer rc. in Brand geraten, der indes auch noch im Keime erstickt werden konnte. Abends 11 Uhr hatten in der Lothringerstr. 41 in der Räucherkammer eines Schlächterkellers Hobelspäne Feuer gefangen, das jedoch auch bald abgelöscht werden konnte. Außerdem hatte die Wehr noch Alarmierungen von der Beusselstr. 81, Prinzen-Allee 25/26 und der Feurigstr. 68 zu verzeichnen.

Im Palast-Theater tritt zur Zeit eine Künstlerin auf, deren Gaben mit den sonst auf dem Brettl gebotenen Darbietungen ganz und garnicht in Einklang zu bringen sind. Ein junges Mädchen von fremdartiger Schönheit, Fräulein Valchero, führt uns ins Reich des Mirza Schaffy. Sie stellt die Göttin der Liebe, wie die armenischen Völker im hochragenden Kaukasus sie sich geschaffen, in einem Tanzpoem dar und giebt in den vier Darstellungen „Mondscheintanz“, „armenischer Tanz“, „Blumenreigen“ und „Schleierspiele“ Proben eines so schönen Talents, eine so zarte Auffassung ihrer Kunst, daß man sich wundert, an dieser sonst nicht gerade der seelenvollen Empfindung geweihten Stätte derartiges zu finden. — Das Programm des Palast-Theaters ist im übrigen abwechslungsreich und unterhaltend, besonders der alte Schwank von Kneisel „Eine Nacht im Ballhaus“ behagt in seiner hausbackenen Gemütlichkeit dem Publikum und findet in einer recht passablen Darstellung reichen Beifall.

Urania. Dr. P. Spies wird seinen bereits angekündigten Vortrag über „Flüssige Luft“ am Donnerstag, abends 8 Uhr im Hörsaal der Urania in der Taubenstraße halten. — Im Wissenschaftlichen Theater wird der Vortrag „Frühlingstage an der Riviera“, der vor einigen Tagen bereits seine 100. Wiederholung erlebte, bis zum Montag noch allabendlich gehalten werden.

Theater. Im Schiller-Theater ist die erste Aufführung von L'Arronges dreiaktigem Lustspiel „Mein Leopold“ für Sonnabend, den 12. April angesetzt. Freitag geht das Lustspiel „Das Gefängnis“, Sonntagnachmittag anstatt der im Spielplan angekündigten Vorstellung („Die Räuber“) „Nathan der Weise“ in Scene. — Eine Wohlthätigkeitsvorstellung zu Gunsten der erkrankten Künstlerin Anna Bäckers findet am 15. April im Thalia-Theater statt. Die Preise hierzu sind etwas erhöht. Gegeben wird „Seine Kleine“; dem Stück, das Uhr sieben beginnt, folgt Uhr zehn ein „Cabaret“.

Aus den Nachbarorten.

Aus Rixdorf. Ein schlimmer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Neubau Falkstr. 3. Als der Arbeiter Karl Schmidt mit dem Löschen von Kalk beschäftigt war, glitt er aus und stürzte in die Kalkgrube. Am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt, wurde der Unglückliche aus dem kochenden Kalk herausgezogen und nach Anlegung von Notverbänden nach dem Kreis-Krankenhause Britz gebracht. — Bei dem Maurermeister Höfch, Fuldastr. 8, drangen in vergangener Nacht Einbrecher in die Wohnung und entwendeten aus einem Schreibtisch 820 M. in Gold- und Silbermünzen. Der Bestohlene schlief im Zimmer nebenan, ohne von den ganzen Vorgängen etwas zu merken.

Neuendorf. Die Stichwahl in Neuendorf endigte bekanntlich damit, daß unser Genosse Dummernix den vereinigten Gegnern unterlag. Gegen diese Wahl war unsrerseits Protest erhoben worden, welchem nunmehr von der Neuendorfer Gemeindevertretung stattgegeben ist. Es sind so viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß im Falle einer Klage zweifellos unsre Genossen Recht erhalten hätten und die Wahl ungiltig gewesen wäre. Wir werden also in einiger Zeit Gelegenheit haben, den Kampf um den vielumstrittenen Sitz von neuem zu beginnen und es wird Ehrenpflicht unsrer Genossen sein, die Flinte nicht ins Korn zu werfen, sondern mit aller Energie in die Wahlagitation einzutreten. Die Gegner sind auch nicht müßig und haben bereits in ihrem Verein die Gelder zur Stempelung der vielen Vollmachten nochmals bewilligt.

Steglitz. In der letzten Sitzung der Gemeinde-Vertretung wurden die neugewählten Gemeinde-Vorordneten Steinthal, Bugge, Dr. Böttger, Gericke, Richter und Schellhase, der letztere als der zweite Socialdemokrat, in ihr Amt eingeführt. In der üblichen Anrede betonte der Gemeindevorsteher, die Wahlen seien zwar nach dem Klassenwahl-System erfolgt, daraus folgere aber nicht, daß wir ein Klassenparlament hätten. Gegen die Wahl des in der Stichwahl gegen unsren Genossen Wieloch gewählten Redacteurs Weinhausen von der sog. Mieterpartei lag ein Einspruch des socialdemokratischen Wahlkomitees vor, weil der Wahlvorstand die bei der Hauptwahl festgesetzte Wahlzeit von 4—8 Uhr für die Stichwahl um eine Stunde gekürzt hatte, wodurch zahlreiche Arbeiter nicht rechtzeitig von der Arbeitsstätte zum Wahlort kommen konnten. Da der § 62 der Landgemeinde-Ordnung vorschreibt, daß die engere Wahl nach denselben Vorschriften wie die Hauptwahl zu erfolgen habe, wird in der Abänderung des Wahlvorstandes, die dem bürgerlichen Kandidaten zu gute kam, eine Ungesetzlichkeit erblickt. Der Einspruch wurde vom Gemeindevorsteher bekämpft und vom Genossen Rapp verteidigt; es sei Pflicht der Gemeindevertretung, über die unparteiische Anwendung der gesetzlichen Vorschriften zu wachen. Die Gültigkeit der Wahl wurde jedoch gegen die Stimmen der Socialdemokraten ausgesprochen und Weinhausen ebenfalls in sein Amt eingeführt.

Der wiedergewählte Gemeindeverordnete Baudirektor Steinthal fand sich sodann zu der Erklärung bemüßigt, daß er die in der Sitzung vom 12. Februar gegen den Gemeindeverordneten Rapp gebrauchten Beleidigungen bedaure und hoffe, sich ein zweites Mal nicht wieder in die Lage zu bringen. Er sei aber provoziert worden durch Rapps Anschuldigungen gegen die Hausbesitzermehrheit, welch letzterer eine Schuld an der Verschleppung der Pflasterkosten-Abrechnung und dem damit verbundenen Zinsverlust nicht beizumessen sei, da das Ortsstatut, auf Grund dessen sich die Erhebung der Beiträge ermöglichen lasse, erst im Jahre 1900 fertig geworden sei. Rapp erwiderte, seine Angriffe hätten nicht den Mitgliedern der Gemeindevertretung persönlich sondern dem System gegolten, das den Grundbesitzern durch gesetzliches Privilegium die Mehrheit in den Gemeindevertretungen sichert. Wenn die Mieter in der Gemeindevertretung die Mehrheit gehabt hätten, würde man nicht so lange gebraucht haben, um ein gültiges Ortsstatut auf Grund des Kommunalabgaben-Gesetzes zu stande zu bringen.

Aus Spandau wird uns berichtet: Den Lesern des „Vorwärts“ wird noch erinnerlich sein, welcher Art die Wohnungspolitik ist, welche die hiesigen städtischen Körperschaften im vorigen Jahre zu treiben für gut befunden haben. Vor einigen Wochen hatten unsre Genossen zum wiederholten Male im Stadtparlament den Antrag eingebracht, eine Wohnungsenquete zu erheben, und ein städtisches Wohnungsamt zu schaffen. Diesmal fand der Antrag insofern Gnade vor den Augen der bürgerlichen Stadtväter, als sie ihn der Gesundheitskommission zur Vorberatung überwiesen. Die „Gesundheitskommission“ hat nun vor einigen Wochen getagt und den Antrag abgelehnt. Der Medizinalrat Dr. Jänicke, welcher der Sitzung beiwohnte, bekundete als Arzt nicht das mindeste Interesse an einer umfassenden Wohnungsenquete. Der Magistrat ist dem ablehnenden Beschlusse beigetreten und die Stadtverordneten sollen ihn am Donnerstag „zur Kenntnis“ nehmen. Uns kann es ja nur recht sein, wenn sich die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft so erfolgreich um den letzten Rest ihres Ansehens bei dem Arbeiter bringen und so endgültig den Wahn zerstören helfen, als gäbe es noch ein „sociales Gewissen“ bei der bürgerlichen Klasse.

Gerichts-Zeitung.

Ein internationaler Checkdieb und gemeingefährlicher Gauner stand gestern in der Person des 67jährigen Kaufmanns Noel Laterner aus London vor der 3. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Den Vorsitz führte Landgerichts-Rat Neumann, die Anklage vertrat Staatsanwalt Reis, die Verteidigung führte Rechtsanwalt Dr. Schwindt. Ueber der Persönlichkeit des Angeklagten schwebt ein mystisches Dunkel. Er ist angeblich zu Warschau geboren und schon in den verschiedensten Ländern vorbestraft: In Wien ist er im Jahre 1891 wegen Verkaufs gestohlener Wertpapiere zu 2 Jahren Kerker verurteilt worden, vom Assisengericht zu Maidstone in England 1894 wegen unrechtmäßigen Besitzes gefälschter russischer Lotterie-Obligationen zu 3 Jahren „Penal servitude“, von der Strafkammer zu Hannover 1898 wegen Betruges zu 9 Monaten Gefängnis, von dem Zuchtpolizeigericht in Marseille wegen Teilnahme am Diebstahl von Wertpapieren mit 5 Jahren Gefängnis. Er hatte von dieser Strafe im Jahre 1900 14 Monate verbüßt, ist durch den Präsidenten der französischen Republik begnadigt und aus Frankreich abgeschoben worden und hat sofort nach Wiedererlangung seiner Freiheit seine verbrecherische Thätigkeit wieder aufgenommen. — In der Nacht zum 28. April 1901 brachen Diebe in das Geschäftslokal der American Expreß Company in Paris ein, banden den Wächter und sprengten mittels Dynamit den großen Geldschrank. Sie erbeuteten über 20 000 Fr. in Gold und Banknoten, sowie 12 200 Dollars in „Traveller-Cheques“, welche, da sie noch nicht verkauft waren, keine Unterschrift trugen. Am 22. Juli 1901 erschien in dem Comptoir der American Expreß Company in London der Reverend E. C. Bolles aus Amerika und zeigte an, daß ihm auf dem Wege über Ostende nach London 28 Reisechecks abhanden gekommen oder gestohlen worden seien. Sie hatten einen Gesamtwert von 250 Dollars; mit ihnen war auch das dem Bolles bei dem Ankaufe in Boston übergebene Einführungsschreiben verschwunden. Am 2. August 1901 erschien der Angeklagte bei der Hauptstelle der königl. Bank von Schottland in Glasgow und wollte dort mehrere Checks der A.-E.-C. kassieren. Der diensthabende Sekretär verglich deren Nummern mit den Nummern der in Paris gestohlenen und als der Angeklagte dies merkte, verließ er schleunigst die Bank unter Preisgabe der Checks. Bei einer Zweigstelle derselben Bank, die er noch an demselben Tage aufsuchte, hatte er mehr Glück: es gelang ihm hier Checks im Werte von 450 Dollars umzusetzen. Er kassierte an demselben Tage bei andren Zweigstellen der Nationalbank in Glasgow noch eine weitere Reihe von Checks ein. Ihm fielen auf diese Weise im ganzen 5000 M. zu; sämtliche Checks gehörten zu den in Paris gestohlenen. Von Glasgow aus begab er sich zunächst nach Bremen und kaufte dort am 5. August 1901 bei der dortigen Agentur der American Expreß-Company 5 Checks zu 20 und 1 Check zu 50 Dollars. Er nannte sich dort E. C. Bolles und unterzeichnete zwei Auftragszettel (Urkunden) mit diesem ihm nicht zukommenden Namen. Er hat in Bremen offenbar nur zu dem Zweck ordnungsmäßige Checks gekauft, um zunächst in Berlin, wohin er sich von Bremen aus begab, etwas sicherer auftreten zu können. Hier in Berlin ist die Dresdner Bank die Zahlstelle für die American Expreß Company. Am 6. August 1901 erschien der Angeklagte in der Centrale der Bank in der Behrenstraße und verkaufte die ordnungsmäßig erworbenen Checks, wobei er jeden Check mit dem Namen E. C. Bolles versah. Tags darauf, am 7. August, kurz nach 9 Uhr, erschien der Angeklagte in der Wechselstube der Dresdner Bank in der Königstraße, nannte sich auch dort „Bolles“ und es gelang ihm, dort sieben Checks umzusetzen; er erhielt dafür 618 M., obgleich die Checks zu den in Paris gestohlenen Papieren gehörten. In der Wechselstube der Dresdner Bank am Spittelmarkt, wohin sich der Angeklagte eine Stunde darauf begab, war man aufmerksamer. Er präsentierte 6 Checks, der Vorsteher merkte aber, daß es gestohlene Papiere waren, ließ ohne Aufsehen einen Schutzmann holen und den Angeklagten verhaften. Am Spittelmarkt hatte er auf Verlangen des Kassierers das auf den Namen E. C. Bolles lautende Einführungsschreiben, das dem Reverend gleichen Namens mit den Checks gestohlen worden war, vorgezeigt. Auf der Polizei gab er sich zunächst als E. C. Bolles aus, behauptete, in San Francisco geboren zu sein und die ihm abgenommenen Checks in Boston gekauft zu haben. Am 8. August wurde er gemessen und hierdurch als Noel Laterner festgestellt. Ueber den Erwerb der Checks machte er die verschiedensten sich vielfach widersprechenden Angaben. Der Gerichtshof hielt Betrug, Betrugsversuch und Urkundenfälschung für vorliegend und verurteilte ihn zu drei Jahren drei Monaten Zuchthaus, zwei Wochen Haft und sechs Jahren Ehrverlust. Die drei Monate Zuchthaus und zwei Wochen Haft wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Eine Verhaftung mit Hindernissen gelangte gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Der 22jährige Hausdiener Max Schmidt war des Diebstahls, der Nötigung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Der Beschuldigte war in der königlichen Klinik in der Ziegelstraße angestellt. Zum 1. März war ihm gekündigt worden. Am 27. Februar fand er Gelegenheit, vom Tisch in dem Bureau des Rendanten zwei Hundertmark-Scheine zu entwenden. Er ließ sich im Dienst nicht wieder blicken, sondern verpraßte das Geld in wenigen Tagen in lockerer Gesellschaft bis auf den letzten Pfennig. Als er sich am Abend des 2. März obdachlos in den Straßen umhertrieb, fiel ihm ein, daß sich auf dem Hofe der Klinik ein Pavillon mit einem unverschlossenen Keller befand. Er beschloß in diesem Raume zu nächtigen und gewann durch Uebersteigen der Mauer Zutritt zu demselben. Der Wächter entdeckte bei seinem Rundgange, daß ein fremder Mensch im Keller sei. Er holte sich noch den Hausdiener und beide gingen nun in den Keller, leuchteten den Raum mit einem Zündholz ab und forderten den am Boden liegenden, anscheinend schlafenden Menschen auf, herauszukommen. Statt Antwort zu geben, drehte der Angeklagte sich plötzlich um und feuerte auf die beiden Personen einen Revolverschuß ab. Die beiden Wächter ergriffen die Flucht und machten dem Inspektor Meldung. Dieser ließ erst einen Schutzmann holen und nun begaben sich alle vier Personen wieder nach dem Keller. Der Angeklagte feuerte aus seinem dunklen Versteck heraus wieder auf die sich Nähernden, welche nicht getroffen wurden, aber die Kugeln pfeifen hörten. Es wurde beschlossen, ein größeres Aufgebot von Schutzleuten herbeizuholen. Bald standen 10 Personen vor dem Kellereingange. Ein Kriminal-Wachtmeister forderte den Belagerten auf, herauszukommen, sonst solle er durch den kalten Wasserstrahl der Feuerwehr aus seinem Versteck herausgetrieben werden. Jetzt folgte der Angeklagte, er kam hervor, warf den Revolver fort und ließ sich ruhig zur Wache führen. Die Behauptung des Angeklagten, daß er absichtlich in die Luft geschossen habe, ließ sich durch die Beweisaufnahme nicht widerlegen, so daß der Gerichtshof ihn nur wegen Diebstahls und Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilte. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Der Charlottenburger „Harmlosen-Prozeß“ wurde gestern zu Ende geführt. Der Staatsanwalt beantragte gegen diejenigen Angeklagten, welche er des gewerbsmäßigen Spiels für überführt hielt, eine Gefängnisstrafe von je zwei Monaten, gegen die angeklagten Schankwirte wegen Duldens vom Glücksspiel eine Geldstrafe von 50 M. und gegen zwei derselben je 100 M. Die Verteidigung machte geltend, daß das Spielen der Angeklagten sich als ein gewerbsmäßiges nicht kennzeichnen lasse und deshalb ein freisprechendes Erkenntnis gerechtfertigt sei. Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung von 14 Angeklagten, während 2 freigesprochen wurden. Mit der höchsten Strafe — 6 Wochen und 400 M. Geldstrafe — wurde der Angeklagte Ohme belegt, bei den übrigen Angeklagten ging das Strafmaß bis auf 30 M. herunter.

Vereinskalender.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann. Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5 1/2 bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 430 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Lese- und Diskutierklubs. Donnerstag: Lese- und Diskutierklub „Südost“, Tollsdorf, Görlitzerstr. 58.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. 1. Vorsitzender: Julius Meyer, Fichtestr. 27. 1. Kassierer: Seifert, Fidicinstr. 16. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Frd. Kortum, Lausitzerstr. 33. **Donnerstag.** Abends 9—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor „St. Urban“, Zimmer, Annenstr. 9. — „Vorwärts II“, Kremmenerstr. 1. — „Gesangverein Berliner Kürschner“, Feind, Weinstraße 11. — „Einigkeit I“, Gr.-Lichterfelde, Pagel, Chausseestr. 104. — „Morgenrot II“, Köpenick, Stippekohl, Scharnweberstr. 5. — „Fröhlich“, Rummelsburg, Schröter, Mozartstr. 7. — „Vineta“, Schmidt, Swinemünderstr. 65. — „Wach auf II“, (Alt-Glienicke bei Flemming) übt bei Hilgenfeld, Bergstr. 60. — „Deutsche Eiche II“, Brandenburg a. H., Wuthenow, Wredowstraße. — „Freiheit III“, Bernau, Elysium, Berlinerstraße. — „Loreley“, Sch.

mann, Hochstr. 32a. — „Kornblume", Gold, Gr. Frankfurterstr. 133. — „Sorgenfrei", Möhring, Admiralstraße 18 c. — „Morgengrauen" (Bäcker), Neumann, Brunnenstraße 150 (nachmittags 4—6 Uhr). — „Möbelpolirer", Langestraße 65. — „Oranienburger Vorstadt", Humboldthallen, Hussitenstr. 40. — „Steinnelke", Müllerstr. 11. — „Hoffnung III", Friedrichsberg, Böker, Friedrich Karlstraße 34. — „Felsenburg", Schulz, Blumenstr. 38. — „Rütli", Friedenau, Grube, Stubenrauchstraße und Kaiser-Allee Ecke. — „Freiheit West", Gohmann, Kreuzbergstr. 48. — „Sangeslust I", Drontheimerstr. 1 c. — „Verein Wilhelmsberg-Hohen-Schönhausen", Hohen-Schönhausen, Krause, Berlinerstraße 12. — „Typographia", Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — „Maurer-Gesang-Verein", Wilmersdorf, Witte, Berlinerstr. 40. — „Männer-Chor Süd-Ost I", Stephan, Wienerstr. 31. — „Lyra", Charlottenburg, Bartsch, Seesenheimerstr. 11. — „Liederkranz", Brandenburg, a. H., Mengerts Volksgarten, Bergstraße. — „Ges.-Abt. des Arb.-Bild.-Vereins" in Velten, Grunow, Wilhelmstr. 19. — „Zukunft III", Nieder-Schönhausen, Seitekorn, Lindenstr. 1. — „Liederzweig", Herrmsdorf, Schulze, Berlinerstraße 21. — „Frohe Stunde", Klein, Lausitzer Platz 8. — „Freie Liedertafel", Königsäle, Neue Königstraße 26. — „Alpenrose", Kuntze, Forsterstr. 36. — „Süd-Ost II", Lint, Wrangelstr. 86. — „Einigkeit III", Wannsee, Krüger, Fürstenhof. — „Linde II", Liebke, Weidenweg 23. — „Gesangv. des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen", Mörschel, Jüdenstraße 36 (3—5 Uhr). — „Arion II", Nummelsburg, Schumann, Neue Prinz Albrechtstr. 70. — „Liederlust I", Fürstenwalde, Schloßkellerei. — „Sängerlust", Werder, Schwarzer Adler", Fischerstraße. — „Treblin", Treblin, Wolf, Bahnhofstraße.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liedetrau, Putbuserstraße 44, IV. **Donnerstag:** „Mehr Licht", Weißensee, Sorrer, Straßburgstraße 56. — „Alter Berliner", Reichenbergerstr. 146. — „Kamerun", Ebertystr. 2. — „Glühlicht I", Neu-Weißensee, Streuße. 3. — „Unverzagt I", Koppenstr. 17. — „Sorgenlos", Zuleger, Zimmerstr. 60. — „Feste Brüder", Rixdorf, Ziethenstr. 29. — „Virginia", Schnieder, Admiralstraße 21. — „Alter Hussit", Matthea, Bernauerstr. 120. — „Eiserne Pfeife", Logan, Schulstr. 113. — „Du ahnst es nicht", Schmidt, Tilsiterstr. 32. — „Feigenblatt", Adam, Ryksestr. 5. — „Mailuft", Elsasserstr. 10. — „Colorado", Klinge, Reinickendorferstr. 56. — „Fidelio", Stephan, Lausitzer Platz 12. — „Einigkeit II", Wöhner, Gubenerstr. 57. — „Apfelblüte", Wiesenstr. 29a. — „Freie Stunde", Naunynstr. 4. — „Ringelwolke", Bredowstr. 11. — „Grüne Quelle", Roß, Rixdorf, Jägerstr. 46. — „Neu-Lichtenberg", Lichtenberg, Margarethenstraße 20. — „Freies Licht", Götze, Marienburgerstr. 16. — „Freundschaft", Gustav Adolfstr. 155. — „Oberspree", Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstraße 18. — „Geradeaus", Weißenburgerstr. 47.

Gesang-, Turn- und geselligen Vereine Donnerstag. Sparverein „Einigkeit", Louisen-Ufer 32. — Weißenseer Fußballklub, Donnerstag nach dem 1. und 15., Parkstr. 10.

Berliner Ruderverein „Vorwärts". Sitzung 9 Uhr abends im Bootshause, Stralau, Tunnelstr. 17.

Arbeiter-Stenographenverein „Stolze" (Einigungssystem). **Donnerstag:** Bezirk Süden, Gräfestr. 82, bei Jahn, abends 8½ Uhr. — Bezirk Nord-West, Waldstr. 8 bei Fischer, abends 8½ Uhr.

Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht", Zürich, Neumarkt 5, Vereinssitzung alle 14 Tage je Donnerstag abends 8½ Uhr.

Zwanglose Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Donnerstag: Metallarbeiter.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. **Donnerstag:** Arb.-Rad.-Verein „Berlin", nach dem 1. und 15. Andreasstr. 26, und Raabe, Kolbergerstr. 23. — „Stern II", nach dem 1. und 15. Swinemünderstr. 56. — „Fahr wohl I," Gerichtsstr. 22. — „Lux", jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Elsasserstr. 5. — „Frei Weg", Schöneberg, Akazienstraße 21. — „Komet", jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Rixdorf, Steinmetzstr. 103. — „Ziel", jeden 2. und 4. Donnerstag, Adlershof, Hackenbergstr. 1.

Central-Raucherbund. Zuschriften sind an Kleist, Rixdorf, Juliusstraße 26, zu richten. **Donnerstag:** „Blaue Wolke", Rixdorf, Jägerstr. 4. — „Weichselblatt", Rixdorf, Kupfstr. 41. — „Alte Linde", Berlin, Gräfestraße 34. — „Edelweiß", Steglitz, Düppelstraße 7. — „Brennende Liebe", Rixdorf, Berlinerstr. 100. — „Süße Liebe", Rixdorf, Rünnebergstr. 8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

O. M., Mathiesstraße. Ein Pseudonym. Der bürgerliche Name ist Alexej Pjeschkow.

W. R. 100. Die Stadtbahn ist 1882 eröffnet worden.

A. 99. Ja. — **B. B. 24. 00.** 1. Der Ehegatte und die Eltern der Frau. Was die Eheleute „gemeinschaftlich" erworben, ist mangels eines Ehevertrages Eigentum des Mannes geworden. 2. In 30 Jahren. 3. Das Testament wäre gültig. 4. Bei dem Gericht, in dessen Bezirk der letzte Wohnsitz der Verstorbenen lag. — **P. W. 100.** In der Regel im letzten Wagen. — **D. in R.** Im „Vorwärts" vom 9. April sind die über die Gewerbesteuer geltenden Vorschriften unter Rubr. 21 angeführt. Die Vorschriften gelten für Preußen. Die einzelnen Gemeinden beschließen, ob 100, 120, 150 Proz. oder welcher Prozentsatz sonst von dem Gewerbesteuer-Satz zu erheben sind. — **500.** Rechtsanwalt Dr. Liebknecht wohnt Spandauerbrücke 8, Dr. Heinemann Kronenstr. 8. — **J. G.** Liegt kein Testament vor, so sind mit dem Tode des Ehemannes dessen Eltern und die kinderlose Witwe Erben geworden. — **Socialdemokrat.** Eine Berufung hätte Aussicht auf Erfolg. Jedoch wollen Sie die Ansicht eines dortigen Anwalts, der das Urteil selbst lesen kann, einholen. — **F. R. 02.** Gegen die Aufstellung des Gasometers können Sie nichts ausrichten. — **R. 113.** 1. Blumeshof 7. Vor 8½ morgens. 2. An die Polizeidirektion. — **A. S. 21.** Wenden Sie sich an das kaiserliche Patentamt, Luisenstraße 32/34. Dort erhalten Sie die gewünschte Auskunft.

Witterungsübersicht vom 9. April 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	767	NNO	2	wolkenl.	3	Haparanda	765	N	2	wolkig	−10
Hamburg	767	Still	—	Nebel	−1	Petersburg	759	WNW	1	bedeckt	−5
Berlin	767	Still	—	Nebel	2	Cork	767	NO	3	bedeckt	7
Frankf./M.	766	NO	2	heiter	4	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	765	O	2	Nebelbed.	0	Paris	763	NO	2	wolkenl.	4
Wien	767	NW	1	wolkenl.	4						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 10. April 1902.
Ziemlich heiter, am Tage etwas wärmer bei schwachen südöstlichen Winden, keine wesentlichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 10. April.

Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Das Rheingold. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. König Heinrich der Vierte. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Nathan der Weise. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Weg zum Licht. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Fremde Mütter. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Hans Heiling. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Gastspiel des Pariser Ensembles vom Théâtre du Palais Royal. Le Dindon. (Der Frauenjäger.) Anf. 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Lilencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8½ Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Gebrüder Bock. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Hannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die wahre Liebe ist das nicht. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin auf Stelzen. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Im Hörsaal. Anfang 8 Uhr: Dr. P. Spiess: Flüssige Luft.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr: **Nathan der Weise.** Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Gotth. Ephr. Lessing.
Freitagabend 8 Uhr: **Das Gefängnis.**
Sonnabendabend 8 Uhr: Zum erstenmal: **Mein Leopold.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Nathan der Weise.**
Sonntagabend 8 Uhr: **Der Probekandidat.**

Belle-Alliance-Theater.

Heute zum 106. Mal:
Die Dame aus Trouville.
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akt. Emil Sondermann. Ferd. Worms. Mizzi Birkner. Rosa Marton.
Hierauf: „Er". Pariser Lebensbild in 1 Akt.
Adele Hartwig a. G. Leopold Thurner a. G.
Anfang 7½ Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. P. Spiess: „Flüssige Luft."

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Zwergin mit ihrem **Kinde**
(einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!!)
Der Boerenkrieg
(Botha, De Wet, Delarey, Krüger.)
Lebende Photographien.
Neu! humor.-musikal. Quintett **Kirchmeyer.**

Central-Theater.

Heute, Donnerstagabend 7½ Uhr, zum 114. Mal:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von Landsberg und Stein. Musik von Reinhardt.
Morgen und folgende Tage 7½ Uhr: **Das süße Mädel.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr, halbe Preise, zum 209. Mal: **Die Puppe.**
Abends 7½ Uhr, zum 117. Mal: Das süße Mädel.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Heute und folgende Tage 7½ Uhr:
Seine Kleine.
Gr. Ausst.-Posse m. Ges. u. Tanz in 3 Akt. Guido Thielscher, Fritz Helmerding, Hans Junkermann, Herbert Paulmüller, Paula Worm a. G., Gerda Walde, Leonore Pojé, Else Wannovius.
„Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehn?"
Sonntagnachmittag 3 Uhr, kl. Preise: Der liebe Onkel.

Metropol-Theater

Emil Thomas a. G.
Henry Bender Josef Josephi
Zum **11.** Mal:
Die wahre Liebe ist das nicht.
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Bildern von Horst u. Stein, bearbeitet von Julius Freund, Musik von Victor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Morgen und die folgenden Tage:
Die wahre Liebe ist das nicht.

Apollo-Theater.

Anfang **8** Uhr:
Um 9 Uhr: Um 9 Uhr:
Lysistrata
Ausstattungs-Operette von
Paul Lincke
mit dem Luftballett
„Grigolatis".
Ferner:
Elsa Malta
und **8 erstkl. Specialitäten.**
Kassenöffnung 7 Uhr.

Casino-Theater

Lothringerstr. 37.
Gastspiel Antonie Agoston in
„Berlin auf Stelzen" 2c.
Urkomisch! Sensationell!
Sonntagnachm. 4 Uhr: „Mutterseelchen".
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Grosse Industrie-Ausstellung

BERLIN 1902
für Gast- u. Hauswirtschaft, Kochkunst, Erfindungen und Neuheiten
18/20*]
vom 12. bis inkl. 27. April
im **Luisenhof,** Dresdenerstrasse 34–35.
Eröffnung am Sonnabend, den 12. April.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das Riesen-April-Programm!
Täglich Gastspiele von Schlagern I. Ranges.
8½ Uhr 8½ Uhr
Der große Lacherfolg!
Eine Nacht im Ballhaus.
Schwank in 4 Akten von Kneisel.
Häufing, Küster: Dir. Rich. Winkler.
Les Darras, einzig dastehend.
Anaïd. Zum 1. Male in Berlin.
Ada Marcell: „Im Boudoir".
Amor, Gesangs- u. Tanz-Terzett.
Emmeline Hochberg, Soubretten-Diva.
Anfang präcise 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, den 10. April, abends 8½ Uhr:
Gastspiel von **Emanuel Reicher.**
Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Grösst. Vergnügungslokal Berlins
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige
Theater- und Specialitäten-Vorstellung
Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. **Matinee** von 12–2 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Emilie Carola,
preisgekrönte Wiener Schönheit.
Hugo Mödlinger,
der originelle Humorist mit seinem Schlager: Mit der Hand, mit dem Daumen und vier Fingern an der Zahl.
16 neue erstkl. Nummern!

Königsberger Geld-Lotterie.

Ziehung: 17. u. 18. April.
6241 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
200000
Hauptgewinne: Mark
50000
20000
10000
5000
etc. etc. etc.
Originallose a **3 Mark.**
Für Porto u. Liste **30** Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bankgeschäft. [3857L*
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW., Wilsnacker-Strasse 63.
O., Andreas-Strasse 46a.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Grosse Fänge! Seefische billig!

Schellfische in allen Grössen	. .	**20–30 Pf.** pro Pfd.
Cabliau (zum Kochen und Braten sehr zu empfehlen) ohne Kopf und im Anschnitt		**20 Pf.** . .
Seelachs 20 Pf., im Anschnitt		**25–27 Pf.** . .
Bratflundern (3 Pfd. 55 Pf.)		**20 Pf.** . .

Rotzungen 35–40 Pf., Schollen 40 Pf., Steinbutten, Seezungen ebenfalls billig!
Lebende Hummer 3 Mk. pro Pfund.
Feinste Helgoländer Nordsee-Austern Dtzd. 90 Pf.
Geräucherte Seefische.
Schellfische (schöner als Bücklinge) **35 Pf. pro Pfd.**
Flundern 70–75 Pf., Roche (Ersatz für Stör) **60 Pf., Seelachs 45 Pf.** pro Pfund.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft **„Nordsee"**
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9–10.
II. Filiale: **Lüneburgerstrasse,** Ecke Paulstrasse.
III. „ **Prinzenstrasse 30.**
IV. „ **Madalstr. 22,** im Schlesischen Bahnhof.
Johs. Skoroczyk
Generalvertreter. [3886L*

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Hannemann vom Viehhof
und: **Der kleine Cohn.**
Große Berliner Ausstattungsposse mit Ges. in 5 Bildern von Ernst Millerfeld.
Musik von Albert Wicher.
Sonnabend: Letzte Kindervorstellg., nachm. 4 Uhr: **Der Rattenfänger von Hameln.**
Sonntagnachm. 3 Uhr. Zum 1. Mal: **Gänseliesel.** Kl. Preise. Parkett 60 Pf.

Cirkus Busch

Donnerstag, 10. April, abends 7½ Uhr:
Klondike.
Orig.-Pantomime des Cirkus Busch.
Die Prinz Heinrich-Fahrt nach Amerika.

Filialen:
Berlin, Chausseestraße 54 und Bellealliancestraße 98.
Stettin, Magazinstraße 2 und Hohenzollernstraße 3.

Mass-Anzüge

24 und 30 M.
Paletots nach Mass 22 M.
Alle diejenigen
welche in irgend einer Weise mit ihren Maß-Anzügen nicht zufriedengestellt wurden, sollen unbedingt bei mir den Versuch machen.
Liefere von prima 16725*
Stoffresten
die **feinsten** Maß-Anzüge unter Garantie des Entsitzens zu obigen Preisen.
Engros-Rester-Handlung
Bellealliancestraße 98, 1 Tr.
und
Chausseestraße 54, 1 Tr.
Wegen großen Andrangs bitte recht zeitig zu bestellen.

Semmel, pratt. Zahnarzt, wohnt jetzt **Oranienstr. 51** neb. A. Wertheim 9–6, Sonnt. 9–12. Mitgl. u. Angehörigen von Krankenkassen werden besondere Vergünstigung gewährt.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Aufz. von Erich Rieck.
Heute: **Tanzkränzchen.**
Freitag:
Der Hüttenbesitzer.

Gelegenheitskäufe!

Paletots, Hosen, Herren- u. Knaben-Anzüge, Koffer, Operngläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Teschings, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reißzeuge, Harmonika, Geigen, Zithern usw. 3662Q*
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Ziehung 17. u. 18. April 1902
Königsberger
Geld-Lotterie
6241 Geldgewinne Mark
200000

1 Gew.	50 000	=	50 000 M
1 „	20 000	=	20 000 „
1 „	10 000	=	10 000 „
1 „	5 000	=	5 000 „
1 „	3 000	=	3 000 „
2 „	2 000	=	4 000 „
4 „	1 000	=	4 000 „
10 „	500	=	5 000 „
40 „	300	=	12 000 „
60 „	200	=	12 000 „
120 „	100	=	12 000 „
200 „	50	=	10 000 „
300 „	30	=	9 000 „
500 „	20	=	10 000 „
1000 „	10	=	10 000 „
4000 „	6	=	24 000 „

Loose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfg. extra, empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme
Carl Heintze
Berlin W., Unter den Linden 3.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Freitag, den 11. April, abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 8:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Revisoren. 2. Neuwahl des Vorstandes und zweier Revisoren. 3. Anträge. 4. Schul- und Vereinsangelegenheiten. 4/16
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen. **Der Vorstand.**

Sonntag, 13. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Vortrag des Herrn **Wollheim** über:
„Luft und Leben“.

Nach dem Vortrag: **Gemütl. Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei.

Rohrer.

Sonntag, 13. April, nachm. 3½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Oeffentliche Versammlung mit Frauen.

1825b
Tagesordnung: Vortrag des Herrn **Manasse** über: „Der Kampf ums Dasein.“ **Der Einberufer.**

Männer-Vortrag

morgen Freitag, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Gäste 20 Pf. 1 Broschüre. Praktischer Naturheilkundiger **Grundmann** erklärt an großen Lichtbildern
Männer-Leben und -Leiden, speciell Syphilis.
Naturheilverein „Reform:“ Kuranstalt Köpnickerstraße 72.
Sprechstunden 11–2, 6–8.

H. Eberts Festsäle „Neues Klubhaus“ 72 Kommandanten-Strasse 72.

Grosse u. kleine **Säle** (Bühne), bis 500 Personen fassend, zu vergeben. Habe noch Sonnabende u. Sonntage frei. **Grosser Ball.** **Sonntag, Mittwoch** und **Donnerstag:**

Außerordentliche General-Versammlung der Kranken- und Begräbniskasse
des Vereins d. deutschen Kutscher und verwandter Berufsgenossen.
Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 83
am **12. Mai** 1818b
abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Kutzke, Große Frankfurterstraße 47, 1 Treppe. **Der Vorstand.**

empfiehlt **Dr. v. Walck.** Generalvertreter **Sommer**, Colonieftr. 3.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 17/13*
Haut- und Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20–50 Personen. *
H. Stramm, Rest., **Ritterstr. 123.**

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Auskunft bis abends neun. [3805G*

Solide Drahtweber

4–6, welche saubere Arbeit liefern, und
2 tüchtige Siebmacher oder **Drahtarbeiter**
— auch solide — finden sofort Stellung. 18/10*
Magdeburg. **C. L. Klotzky.**

Bekanntmachung.

Wir teilen hierdurch dem verehrlichen Publikum von Berlin und Umgegend ergebenst mit, daß vom **1. April d. J.** ab sich die Mineralwasser-Fabrikanten gegen einander verpflichtet haben, für die von ihnen gelieferten Flaschen ein **Pfand von zehn Pfennigen pro Flasche** zu erheben. Zu dieser Pfandnahme sind auch die **Gastwirte und Wiederverkäufer** verpflichtet, da sie selbst an ihre Lieferanten Pfand zahlen müssen. Wir bemerken ausdrücklich, daß das Pfand **nicht** eine **Besitzübertragung** an den Empfänger bedeutet, sondern nur eine **Sicherheit für die Rückgabe** der Flasche an ihren Besitzer ist, daß ferner der Einkaufswert der Flasche höher ist, als der gezahlte Pfandpreis.

Vereinigte Mineralwasser-Fabrikanten für Berlin und Umgegend.
Verein der Mineralwasser-Fabrikanten. gez. Dr. Lohmann.
Schutzverband der Mineralwasser-Fabrikanten. gez. Marggraf, „Rote Apotheke“.
Verein der Selterwasser-Fabrikanten. gez. Friedrichs.

Freie Volksbühne.

1. Abteilung im **Lessing-Theater,**
Sonntag, den 13. April, 2¾ Uhr nachmittags:

— Die Hoffnung —

(op Hoop van Zeegen)
Ein Seestück in 4 Akt. v. Hermann Heyermanns jr.

9./10. Abteilung im **Berliner Theater**
Sonntag, den 13. April Anfang präcise

2¼ Uhr: Wilhelm Tell.

Ordner-Sitzung

Donnerstag, den 17. April, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus.**
228/16] Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Orts-Krankenkasse der Gürtler.

Zu der am **Sonntag, den 13. d. Mts.,** vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I, stattfindenden **ordentlichen**
General-Versammlung
werden die Herren Delegierten ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer), § 37 Abs. 4–5 des Statuts. 2. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung. 3. Zusatz zu den Verhaltungsmaßregeln im Statut. 4. Verschiedenes.
Nach Schluß dieser Versammlung findet daselbst die **General-Versammlung** für die Mitglieder der **Invalidenkasse der Gürtler** statt.
Tagesordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Berlin, den 9. April 1902.
Der Vorstand. 1820b
G. Kneiff, Vorsitzender.

Großer Möbelverkauf.

Zu meinem großen Möbelspeicher und Lagerräumen
Neue Königstr. 59
(nahe Alexanderplatz) stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, neue und vieliehen gewesene, zum schleunigen sehr billigen Ausverkauf. Passendere Gelegenheit für Brautleute wohl noch nie dagewesen. Brautleute erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Durch große Gelegenheits-Einkäufe, Ersparnisse der Ladenmiete, ferner durch Selbstanfertigung sämtlicher Polstermöbel und Dekorationen als Innungsmeister bin ich im stande, ganze Einrichtungen schon von 150, 200, 300 Mark zu liefern. Hochelegante Ausstattungen von 1000 bis zu 2000 Mark. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die fast noch ganz neu und im Preise ganz bedeutend herabgesetzt sind. Musterbuch gratis und franko. Kein Kaufzwang. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert und aufgestellt. Bitte genau auf **Hausnummer 59** zu achten. *

„Volksgarten“, Brunnenstr. 150.
(Früher Neumann.)
Empfehle meinen 1000 Personen fassenden **schattigen Naturgarten** mit **Bühne** und **Saal** für Vereine zur Abhaltung von Sommerfesten, Versammlungen, Hochzeiten rc. Noch einige Tage Kegelbahn und Vereinszimmer zu vergeben. **Kaffeeküche Liter 60 Pf.** 3887G*

3807L*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-, Plüsch-**Reste** **Mocquetts, Satteltaschen.**
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158

Achtung, Radfahrer!
Fahrräder mit Glockenlager für 80 Mark haben wir von einer liquidierenden erstklassigen Fabrik zum Vertrieb übernommen. †99*
Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Marsiliusstr. 19.

Möbel
Bürgerliche 3619L*
Wohnungs-Einrichtungen.
Großes Lager. • Billige Preise.
Langjährige Garantie.
Wilh. Lambrecht, Simeonstraße 19.

Zahn-Klinik. Preise * beliebige Teilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Am 8. April, morgens 1¾ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine gute Frau, eine liebende Mutter und Schwiegermutter 1817b
Angela Hoffmann
geb. **Sroka** in der Irrenanstalt zu Dalldorf. Um stille Teilnahme bitten
Karl Hoffmann u. Söhne.
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Anstalt nach dem Anstaltskirchhof.

Danksagung. 1821b
Allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Centralverband der Töpfer, die meinem Mann die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich meinen herzlichsten Dank. **Anna Eichler.**

Eigene Confection.
Elegante
Costümröcke
enorm billig
in Tuch, Zibeline, Kammgarn und Cheviot, 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., **Seidendamast** 25 M., Alpacca 4,50 M., 6 M., bis 30 M., **weiss** Cheviot und Piqué 3, 5, 7–15 M.
Jaketkleider
elegante Façons
in Zibeline, Reversibel, Cheviot, Covercoat und Homespun
15 M., 20 M., 25 M.
Bolerokleider
Saccokleider
Blusenkleider
letzte Neuheit
12 M., 15 M., 18 M.
Seidenblusen
6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Blusenhemden
1,75 M., 2,50 M.
Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.
Schwarze, glatte u. bestickte
Capes und **Kragen**
10 M., 12 M., 15 M.
Jakets, Sackpaletots,
moderne Façons
in vorzüglichem Sitz und tadelloser Verarbeitung
10 M., 12 M., 15 M., 20 M.
Sielmann & Rosenberg
BERLIN.
Kommandanten-Straße, Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.
Backfisch-
Saccos u. Jakets 10 M.

D. Wurzel & Co. **Berufskleidung- und Wäschefabrik** jetzt: **Brückenstrasse 10b 1 Treppe.**
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Jeder Käufer erhält 4 Proz. extra.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Kolonialwaren-, Obst-, Gemüsegeschäft billig verkäuflich. Näheres Friedenau, Rönnebergstraße 7, Rudat.

Milchkübel nach genauer polizeilicher Vorschrift sowie alle Milchwirtschaftsgeräte bei Jordan. Kleine Markusstraße 28. 1068G*

Laubenkolonisten. Bauverein, 67 Morgen, a 3,50–4 Mark Rute, günstige Bedingungen, in Dabendorf bei Zossen, Potsdamer Vorortbahnhof, verkauft Herroninm, Blumenstraße 79. 1794b*

Hochwald. Vorort, 84 Ruten, an Chaussee, 90jähriger Baumbestand, 10 Minuten vom Bahnhof, billig. Zoerd, Zepernick, Stettiner Bahn. [*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1030G*

Teppiche, gute Qualität, kleine Webfehler, alle Größen, spottbillig. Fritz Stoebe, Münzstraße 17. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlinn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Teppiche. Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren, spottbillig. Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. [*

Möbelmagazin liefert Möbel, Teppiche, Gardinen auf Teilzahlung unter sehr coulanten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre hinaus verteilt. Meyer, Invalidenstraße 38, an der Chausseestraße. 1104G*

Gaskocher! Zweiloch-Gaskocher! 3,50, Geschlossene Gaskocher! 5,00, Gas-Bratofen! 7,00, Gas-Plätteisen! Gas-Bügelapparat! billig! Wodlauer, Wallner-Theaterstraße zweiunddreißig.

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort. Postkarte genügt. Landsbergerstraße „82“. Köpnickerstraße 60/61. †80*

Möbel-Gelegenheit. Beim Auktionator Otto Lidcke, Möckernstraße 25 (Bahnspeicher), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Säulentrumeaus 30,00, Salonteppiche 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Muschelschränke, Salongarnituren, Paneelsofas, Ruhebetten, Büffetts, Schreibtische, Bücherschränke, Salonbilder, gestickte Uebergardinen, Divandecken, Stores, Steppdecken, Salonuhren, Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gekauftes lagert unentgeltlich. 1035G*

Möbelspeicher Sebastianstraße 81, Römer. Auch Teilzahlung. 1650b*

Stühleverkauf, billig, Stuhllager Haack, Kottbuserstraße 4. 1675b*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen, spottbillig. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 17/19*

Nähmaschinen, beste Ringschiff, Bobbin Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Turmstraße 30, Bernauerstraße 47B. [143/18*

Strickmaschinen, auch auf Teilzahlungen, Gustav Breberck, Engel-Ufer 20. 18/14*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/18 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 116/1*

Möbelsuchende kaufen Einrichtungen, sowie einzelne Möbel zu Fabrikpreisen. Muschelspinden 28. Große geschliffene Trumeaux mit Stufe 38. Bettstelle mit Federmatratze 24. Kleine Stoffsofas 14. Küchenmöbel. Kolossale Auswahl. Hirschowitz, Mariannenstraße 7a.

Für Laubenbauer: Spalierleisten, Dachpappen, Bretter, Dachlatten, sowie sämtliche Baumaterialien, Charlottenburg, Bismarckstraße 89 (Platz).

Papageien, junge, sprechende, fingerzahm, Restaurant, Kommandantenstraße 52. 1816b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hobelbänke, gebrauchte, Bildhauerbänke, Tischlerwerkzeug billig. Otto, Lebuserstraße 15. 1823b

Musikwerke mit auswechselbaren Notenscheiben, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Neue Königstraße 59. [*

Zwei Mark einviertelbuyend Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Ausstattungen sowie elegante Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, Stadtbahn 21, Nähe Polizeipräsidium. 144/2

½ Morgen an drei Straßen, gute Geschäftslage, passend für Schlosser, Klempner, Barbiere, Cigarrenmacher, ¼ Stunde vom Bahnhof, 1600 Mark. Zoerd, Zepernick, Stettiner Bahnhof.

Paneelsofa, mit Paneelbrett, 60 Mark, verkaufe Linienstraße 137, I rechts. 144/1

Vermischte Anzeigen.

Lesehalle eröffnet, Lesen 5 Pfg. Chausseestraße 121. 1710b*

Steuerberufungen. Gnadengesuche, Strafaufschub, Invalidensachen, Unfallsachen, Alimentensachen, Klagen. Rechtsbureau Neue Schönhauserstraße 18. 116/10*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Daselbst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Vivisektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratenteilung. 1774b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Pugger, Steglitzerstraße 65. 1692b*

Pfandscheine, Bücher kauft Leihhaus Elsasserstraße 59 I. 143/3*

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. †27*

Gold, Silbersachen, Platin, Zahngebisse kauft Schmelzerei Brunnenstraße 137. 1764b*

Tanzsaal zu verpachten. Pferdebucht bei Köpenick. 1781b

Großes Vereinszimmer noch frei, Huttenstraße 8. †82*

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Weiß- und Bayrischbier-Lokal. Saal, Vereinszimmer, passend zu jeder Festlichkeit, sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Hoffmann, Pasewalkerstraße 3.

2 Vereinszimmer und Kegelbahn zu vergeben. C. Wagner, Wöhlertstraße 21. 1822b

Bücherankauf zu höchsten Preisen. Epstein, Markgrafenstraße 101. [130/4*

Vereinszimmer und Saal zu 20–120 Personen, auch Sonntags, zu vergeben, Stromstraße 28. †82

Steuerberufung! Ehescheidungs-, Unfallsachen, Eingabengesuche, Schankerlaubnis, Ratenteilungen! Linienstraße 36. [144/3

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Holzmarktstraße zweiundsechzig. 1827b*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer an Herren, Adalbertstraße 10, vorn III, Witwe Gartig. 1735b*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren vermietet Bremer, Rixdorf, Pannierstraße 9a, vorn III. 1780b*

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer, Nähe Bahnhof Frankfurter Allee, sucht junger Mann. Adressen, Preisangabe „Vorwärts“-Spedition Frankfurter Allee 197. †118

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Sickingenstraße 4. †83*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Färber, Wäscher auf Herren- und Damengarderobe, gesucht. Gebrüder Altenbergs Färberei, Neu-Weißensee, Langhansstraße 4. †127*

Ciseleurlehrling verlangt Gozdziewski, Stallschreiberstraße 57, Quergebäude IV. 1797b

Marmorschleifer verlangen Stahl u. Herzog, Hermannstraße 198.

Violinspieler, tüchtig zum Tanz, König, Landsberger Allee 128, vorn II.

Einen tüchtigen Versilberer verlangt O. Jenisch, Waldemarstraße 15.

Ausbesserin wünscht noch Stellen, Frau Kübig, Reichenbergerstraße 43, Hof III. 1811b

Geübte Anlegerin für die Steindruck-Schnellpresse. Tessarotypie-Aktien-Gesellschaft, Ritterstraße 75.

Mamsells auf Jacketts verlangt Bruch, Brunnenstraße 139, 2 Treppen links. 1754b*

Mamsells auf Staubpaletots, die sauber steppen, verlangt Schulze, Görlitzerstraße 41. 1809b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

---

Vier Kleiderfärber
verlangt [*127*
Gebr. Altenbergs Färberei.
Neu-Weissensee, Langhansstrasse 4.

Zwei Putzerkolonnen sofort gesucht *
Ober-Schöneweide, Edisonstr. 21, pt.

Achtung! Achtung!

Modelltischler!

Von der **Union, Elektricitäts-Gesellschaft, Moabit,** sowie von der Firma **Ludwig Löwe,** Maschinenbau, **Eckert,** Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Friedrichsberg, und **Schrepp,** Berliner Modellfabrik, Kastanien-Allee, **Jachmann,** Eisengießerei, verlängerte Huttenstraße, sind sämtliche Modelltischler ausgesperrt. Den Modelltischlereien **Kurzholz,** Oranienstr. 25, **Dietrich,** Chausseestraße 52, und **Garbe,** Wasserthorstraße 30, **Adam Heyl,** Gormannstraße 24, sind Aufträge aus der „Union“ zugegangen.

Zuzug fernhalten!

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.